



**Protokoll der 38. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 14. Dezember 2022, 16:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Samuel Kienast

Namensaufruf: 39 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: -

Mitanwesend: Stadtpräsident Anders Stokholm, Vizestadtpräsidentin Elsbeth Aepli Stettler, Stadträtin Barbara Dätwyler Weber, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadtrat Andreas Elliker

Gemeinderatssekretär: Giuseppe D'Alelio

- - -

Traktanden

- 201 Mitteilungen
- 202 Protokoll der Sitzung vom 16. November 2022
- 203 Ersatzwahl eines Mitgliedes des Büros des Gemeinderates für den Rest der Legislatur 2019 – 2023 (Nachfolge Lorenz Weber, Fraktion CH/GLP/GP)
- 204 Erlass des Reglements über die Errichtung und den Betrieb von Fernwärmeversorgungen
Redaktionelle Beratung, Schlussabstimmung
- 205 Budget der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2023
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

- - -

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen, geschätzte Damen und Herren des Stadtrats, geschätzte Besucher und Besucherinnen auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich stelle heute am Anfang dieser Sitzung ein 2500 Jahre altes Hoffnungswort des Propheten Jesaja, welches traditionellerweise in die Adventszeit gehört, aber in diesem Jahr eine ganz besondere Aktualität erhalten hat. In Jesaja 9.2 heisst es: «Das Volk, das in der Finsternis wandelt, sieht ein grosses Licht. Und über denen, die da wohnen im finsternen Land, scheint es hell.» Ja, wenn bei uns in Frauenfeld als Energiesparmassnahmen während einiger Stunden der Nacht die Strassen dunkel sind und auch die Weihnachtsbeleuchtungen karger ausfallen als üblich, dann ist das vielleicht auch eine Gelegenheit, an diejenigen Menschen zu denken, die nicht allzu weit von uns entfernt ganz ohne Strom auskommen müssen. Oder diejenigen, welche in unserer Mitte durch die erhöhten Strompreise zu leiden haben. Oder auch an andere, die noch weiter weg von uns um das Lebensnotwendige bangen. «Das Volk, das im Finsternen wandelt, sieht ein grosses Licht. Und über denen, die da wohnen im finsternen Land, scheint es hell.» So wurde es vor 2500 Jahren geschrieben. Das war ein Hoffnungssatz, der später auf die Geburt des Weihnachtskinds und dann auch auf das Leben von Jesus interpretiert wurde. Ob wir dieser Interpretation folgen oder nicht, Tatsache ist, dass wir Hoffnung brauchen zum Leben – genau in dieser Zeit. Und leider haben ja gerade wir Politiker und Politikerinnen oft nicht den Ruf, Hoffnungsträger zu sein, obwohl ein Teil der Lebensumstände der Menschen konkret in unserer Hand liegt. Nehmen wir die Verantwortung als Politikerinnen und Politiker wahr und versuchen, hoffnungsvolle Politik zu betreiben. Was das genau heissen mag, das überlasse ich gern jedem Einzelnen von Ihnen.

So, nun aber genug gepredigt, wir haben heute ja noch viel vor. Ich möchte passend zur Zeit einen Adventswitz zum Besten geben, den ich mit besten Grüssen aus Kufstein überbringe. Die Stadtführerin hat ihn uns am vergangenen Wochenende vor der Kufsteiner Krippe und unterhalb der Kirche und der Festung erzählt. «In Österreich steht ja mitunter fast in jeder Kirche eine Krippe, so auch in einer bestimmten Kirche, wo der Pfarrer eines morgens in die Kirche kommt und ganz entsetzt sieht, dass der Josef fehlt. Am nächsten Morgen kommt er wieder in die Kirche und wie er so reingeht, kommt ein kleiner Junge mit etwas ausgebeulter Jacke heraus. Er geht weiter in die Kirche und sieht, dass auch die Maria fehlt. Der Pfarrer denkt sich, so ein Saububerl. Und wie er genauer hinschaut, findet er einen Zettel in der Krippe, auf dem steht: Liebes Christkind, wenn ich diesmal zu Weihnachten mein Mountainbike nicht kriege, dann siehst du deine Eltern nie wieder.»

Nun liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, dass wir an der heutigen Sitzung nicht ebenso Krippenentführungen als Druckmittel für Budgetgeschenke oder -streichungen einsetzen. Ich habe nachgeschaut, bei uns in der Kirche sind Maria und Josef zum Glück noch da. Sondern dass wir demokratisch gesittet und vielleicht sogar etwas hoffnungsvoll miteinander diskutieren.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Gemeinderatspräsident fest, dass zu Beginn der Sitzung 39 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 20.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren und das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

201

MITTEILUNGEN**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):**

1. Wir dürfen heute Nathalie Fäh zum ersten Mal bei uns im Rat begrüßen. Du hast dir den bestmöglichen Start im Gemeinderat ausgesucht und kannst aufgrund der zu erwartenden Sitzungsdauer einen guten Überblick über das Ratsgeschehen erhalten. Wir wünschen dir viel Freude und spannende Diskussionen in unserer Runde.
2. An Ihren Plätzen liegen folgende Unterlagen auf: Ein lachsfarbenedes Papier der Redaktionskommission zum Fernwärmereglement; ein lachsfarbenedes Papier der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen zum Budget 2023 sowie ein lachsfarbenedes Papier der GPK Finanzen und Administration zum Budget 2023.
3. Mit Beschluss Nr. 377 vom 22. November 2022 hat der Stadtrat Nathalie Fäh als Mitglied des Gemeinderats für den Rest der Legislatur als gewählt erklärt.
4. Mit Beschluss Nr. 384 vom 29. November 2022 hat der Stadtrat die Botschaft Nr. 44 «Verkauf der Liegenschaft am Bahnhofplatz 76 B / Kasernenplatz 4 Casino Frauenfeld» zuhanden des Gemeinderats verabschiedet.
5. Das Büro erteilt Herrn Andreas Taverner für die ersten 30 Minuten der heutigen Sitzung die Erlaubnis, im Ratssaal zu fotografieren.

202

PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM 16. NOVEMBER 2022

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Das Protokoll der Sitzung vom 16. November 2022 wurde am 25. November 2022 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Es sind zwei Änderungswünsche von Gemeinderat Michael Pöll eingereicht worden: Auf S. 837, 3. Absatz, Zeile 5 steht «Pflanzenroller», es sollte aber «Pflanzenkohle» heissen. Und auf S. 837 im gleichen Absatz Zeile 8 steht «Artikel 4», es soll aber «Ziffer 4» heissen. Wird das Wort zu diesen Änderungsanträgen gewünscht? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll mit der erwähnten Korrektur stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten herzlich für das Erstellen des Protokolls.

203

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DES BÜROS DES GEMEINDERATS FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019-2023 (NACHFOLGE VON LORENZ WEBER, CH/GP/GLP)

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Wir schlagen euch Frau Gemeinderätin Klaudia Peyer zur Wahl vor.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage vor, die Wahl gemäss Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden? Dies scheint der Fall zu sein.

Abstimmung

Gemeinderätin Klaudia Peyer wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme als Mitglied des Büros für den Rest der Legislatur 2019-2023 gewählt.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Ich gratuliere dir ganz herzlich zur Wahl und heisse dich hier oben auf dem Podium herzlich willkommen.

204

ERLASS DES REGLEMENTS ÜBER DIE ERRICHTUNG UND DEN BETRIEB VON FERNWÄRMEVERSORGUNGEN

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): An unserer Sitzung vom 16. November 2022 hat der Gemeinderat das Reglement über Errichtung und Betrieb von Fernwärmeversorgungen in der 3. Lesung beraten, anschliessend wurde es an die Redaktionskommission überwiesen. Diese hat nun beraten und Ihnen die aufliegende Fassung gemäss lachsfarbenen Papier vorgelegt. Wir beraten nun die redaktionellen Änderungen.

REDAKTIONELLE BERATUNG

Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der Redaktionskommission: Die Redaktionskommission hat das Reglement über Errichtung und Betrieb von Fernwärmeversorgungen an der Sitzung vom 21. November 2022 beraten und unterbreitet eine neue Fassung in Form eines lachsfarbenen Papiers, das Ihnen am 24. November zugestellt wurde. Ich gehe abermals davon aus, dass Sie dieses genau studiert haben und erläutere daher stark zusammengefasst drei Punkte:

1. Der Dauerbrenner: geschlechtergerechte Sprache. Diese war auch in diesem Reglement alles andere als gegeben, da in der letzten Fassung grundlegend mit dem generischen Maskulinum gearbeitet wurde. Sprich: der Bezüger, der Grundeigentümer und der Kunde. Man weiss nicht, ob Frauen in diesem Reglement einfach nicht angesprochen wurden oder ob sie mitgemeint waren oder ob es ihnen nicht erlaubt sein soll, Fernwärme zu beziehen oder Grundeigentum zu besitzen. Hier wollten wir Klarheit schaffen und haben Anpassungen im gewohnten Rahmen gemacht, wo möglich und sinnvoll kurze, geschlechtsunabhängige Formulierungen wie zum Beispiel «die Kundschaft», ansonsten Paarformen wie zum Beispiel «Bezügerinnen und Bezüger».
2. Ist Thurplus Singular oder Plural? Da gab es Inkonsistenzen im Reglementsentwurf, siehe zum Beispiel Art. 8 Abs. 1 in der ursprünglichen Version. «Thurplus ist berechtigt (...)» – also Singular – «(...) Einrichtungen, welche sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen (...)» – Plural – «(...) auf öffentlichem Grund aufzustellen». Auch Abs. 4 behandelte Thurplus im Plural, in allen anderen Fällen im Reglement wird Thurplus aber im Singular dargestellt, sodass wir den Art. 8 dementsprechend angepasst haben.
3. Punkt 3 wurde ihnen auf der ersten Seite des lachsfarbenen Papiers bereits vorgängig erläutert und braucht etwas Hirnschmalz. Es geht dabei um Art. 33 des vorliegenden Reglements. Dieser beabsichtigt in litera a die Aufhebung des zweiten Absatzes von Art. 9 im Reglement über die Rechtsstellung und die Aufgaben der Werkbetriebe. Neu beantragen wir Ihnen, dass auch Art. 7 Ziff. 4 des Reglements über die Rechtsstellung und die Aufgaben der Werkbetriebe aufgehoben werden soll, da dieser sich wiederum auf das alte Fernwärmereglement

von 2017 bezieht, was mit dem Einsetzen des neuen Reglements hinfällig wird. Die Redaktionskommission wurde von Seiten Thurplus auf diesen Umstand hingewiesen und wertet ihn als reinen redaktionellen Widerspruch, den wir mit der vorgeschlagenen Anpassung vermeiden möchten.

Dies die drei wichtigsten Punkte, die Details wurden schriftlich platziert. Zusammenfassend hinterlasse ich die Einschätzung, dass das Reglement auch bei der redaktionellen Bereinigung ein ordentlicher Lupf war. Weiter möchte ich noch darauf hinweisen, dass die Redaktionskommission nach dem Versand des lachsfarbenen Papiers von der Fraktion Die Mitte/EVP darauf hingewiesen wurde, dass Anpassungen unsererseits in Art. 21, 32 und 33 falsch waren. Gemeinderat Hug wird daher noch einen Antrag stellen. Wir haben das aber schon intern diskutiert und tatsächlich ist die Redaktionskommission der Meinung, dass uns da ein Fehler unterlaufen ist und wir unterstützen den Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP, der folgt.

Zuletzt ist der Redaktionskommission aus meiner Sicht noch ein Fehler unterlaufen, was mir erst gestern aufgefallen ist. Der Abs. 3 in Art. 22, das ist auf dem ausgedruckten Papier, das Sie heute vor sich liegen haben, auf S. 8 ganz unten. In der vorliegenden Version heisst es: «Die Daten werden Dritten zugänglich gemacht, wenn dies für die Aufgabenerfüllung von Thurplus nötig sind.» Ursprünglich hiess es «wenn dies für die Aufgabenerfüllung nötig ist», was meiner Meinung nach korrekt ist. Wir würden deshalb diese Änderung wieder rückgängig machen und das Wort «sind» durch «ist» ersetzen und dies, falls kein Widerspruch vorliegt, relativ informell tun. Entschuldigen Sie bitte die Umstände, das kam erst kurz vor knapp. Besten Dank.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Ich würde vorschlagen, dass wir die letzte Änderung betreffend Art. 22 stillschweigend genehmigen können, wenn kein Widerspruch besteht. Wenn jemand etwas dagegen hat, dass man das «sind» wieder rückgängig macht zu «ist», dann meldet euch jetzt. Ansonsten ist diese Rückänderung stillschweigend vom Rat genehmigt. – Das scheint der Fall zu sein.

Gemeinderat Nathanael Hug (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Bei der bereinigten Fassung des Reglements über die Errichtung und den Betrieb von Fernwärmeversorgungen sind uns kleine juristische Unsauberkeiten aufgefallen. Sowohl in Art. 21 Abs. 3 als auch in Art. 32 und Art. 33 änderte die Redaktionskommission die Bezeichnung Absatz zu Ziffer. Von einer Ziffer ist im juristischen Sinn dann die Rede, wenn eine Zahl mit einem Punkt verwendet wird, d. h. 1., 2., 3. Etc. Fehlt dieser Punkt, handelt es sich um einen Absatz. In den erwähnten Artikeln war in der ursprünglichen Fassung korrekterweise von Absätzen und nicht von Ziffern die Rede. Wie bereits von Gemeinderat Frei gehört, haben wir die Redaktionskommission vorgängig darauf hingewiesen. Da sie unsere Ansichten teilt, wir Juristen in unserer Fraktion einhelliger Meinung sind und ich hier nicht länger über die formaljuristischen Auswirkungen von Punkten sprechen möchte, wir haben heute durchaus wichtigere Themen auf dem Tisch, komme ich gleichwohl auf den Punkt. Wir beantragen, die von der Redaktionskommission bereinigte Fassung mit den von uns genannten Änderungen in Art. 21 Abs. 3, Art. 32 und Art. 33 zuzustimmen.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP wird einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Wir begrüssen Gemeinderat Michael Pöll zur Sitzung. Somit sind 40 Mitglieder des Gemeinderats anwesend, das absolute Mehr beträgt 21.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Die redaktionell bereinigte Fassung des Reglements über die Errichtung und den Betrieb von Fernwärmeversorgungen wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Die durch den Rat genehmigte Inkraftsetzung dieses Reglements wird dem Behördenreferendum und dem fakultativen Referendum gemäss Art. 32 in Verbindung mit Art. 11 Abs. 1 der Gemeindeordnung unterstellt. Wer sich für ein Behördenreferendum aussprechen möchte, der erhebe sich bitte jetzt vom Sitz. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit untersteht der Beschluss dem fakultativen Referendum. Die Referendumsfrist beginnt am 15. Dezember und endet am 30. Januar 2023.

205

BUDGET DER STADT FRAUENFELD FÜR DAS JAHR 2023

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Mit der Botschaft Nr. 43 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 25. Oktober 2022, aufgeschaltet im Dossierbrowser am 28. Oktober 2022, haben wir das Budget der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park fristgemäss erhalten. Ich schlage folgendes Vorgehen vor: Wir beginnen wie üblich mit dem Eintreten, danach folgt die Detailberatung und anschliessend stimmen wir über die Anträge der Botschaft einzeln ab. Die Fraktionen sind eingeladen, beim Eintreten auch schon ihre allgemeinen grundsätzlichen Voten zur Botschaft oder zum Budget zu halten und auch grundsätzliche Anträge anzukünden. Nach der Eintretensabstimmung werden wir allfällige grundsätzliche Änderungsanträge, insbesondere zu den Anträgen 1 und 2 der Botschaft, Besoldung und Steuerfusserhöhung, diskutieren und beschliessen. Der Grund, dass wir dies so früh machen, ist, damit wir nicht so grundsätzliche Fragen ganz am Ende der Sitzung, wenn wir vermutlich alle schon ein bisschen müde sind, diskutieren müssen, sondern das gerade vorweg machen können. In der Detailberatung werden wir den Ordner registerweise von vorne nach hinten durchgehen, dann können Anträge zu einzelnen Positionen gestellt werden. Grundlage für die Diskussion sind die Botschaft und das Budget, wie es der Stadtrat vorgelegt hat inkl. der Änderungen der GPKs gemäss den lachsfarbenen Papieren. In Register 3 werden wir im Hauptteil dieses Traktandums die Departemente 1 bis 5 inkl. Investition im Register departementsweise und nicht seitenweise durchgehen. Eventuelle Anträge können dann direkt zu den einzelnen Konten gestellt werden. Anträge sind mir bitte schriftlich einzureichen mit Seitenzahl, Kontonummer bzw. Investitionsnummer und Betrag. Dasselbe gilt auch für die Anträge zu den Budgets der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park in Register 7 und 8. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden?

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im eigenen Namen: Etwas habe ich nicht verstanden, weil es mir zu schnell ging. Wir diskutieren zuerst über den Steuerfuss und dann über das Budget selbst? Das dünkt mich jetzt die verkehrte Reihenfolge. Zuerst müssen wir wissen, was wir ausgeben, dann können wir darüber beraten, wie viel Steuern wir dafür einziehen möchten.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Das ist trotzdem der Vorschlag, vielleicht mehr energietechnisch, aber du bist natürlich frei, dich dafür auszusprechen, dass wir die Diskussion am Schluss machen.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im eigenen Namen: Ich finde es ein bisschen seltsam, aber wir können ja am Schluss bei Bedarf nochmals auf das Thema zurückkommen. Vielleicht mehr auch für kommende Jahre.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Es steht jedem frei, einen Rückkommensantrag zu stellen. Ich möchte zu diesem Zeitpunkt auf noch ganz herzlich danken, dass der Ordner und das PDF-Dokument in der gleichen Weise durchnummeriert sind und nicht registerweise wieder neu begonnen wurde. Das vereinfacht uns die Diskussion ausserordentlich, dass wir alle von den gleichen Seitenzahlen sprechen. Ganz herzlichen Dank an das Finanzamt, dass ihr das so vorbereitet habt. Somit kommen wir zum Eintreten inkl. allgemeinen Voten.

EINTRETEN

Gemeinderat Elio Böhner (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Konkret sehen die budgetierten Rechnungsergebnisse wie folgt aus: Wir haben bei der Stadtverwaltung ein Minus von 3.94 Mio. Franken budgetiert, beim AZP ein kleines Plus von 260'000 Franken und bei Thurplus ein Plus von 5.11 Mio. Franken. Man ist geneigt zu denken: so wie üblich. Und am Schluss kommt es einmal mehr etwas besser heraus als prognostiziert. Aber die 3.94 Mio. Franken der Stadt sind bereits nach Steuerfusserhöhung, was das Resultat immerhin um 2 Mio. Franken verbessert. Thurplus budgetiert zum ersten Mal ein negatives Betriebsergebnis und kommt einzig durch Finanzierungs- und Aufwertungsreserven auf den Gewinn. Und auch beim AZP stehen grosse, selbst zu tragende Investitionen an, welchen mit den aktuellen Zahlen schwierig beizukommen ist.

Das Budget 2023 – eine sich selbst erfüllende Prophezeiung, so könnte man meinen. Die Unsicherheit, welche das Budget enthält, ist mannigfaltig. Ist es der richtige Zeitpunkt? Hätte man nicht früher? Müsste man mehr? Könnte man weniger? Ist es fair? Was bedeutet dies überhaupt? Eine Sicherheit haben wir. Es ist Realität. Wir haben ein Budget vorliegen, welches für die Stadtverwaltung nicht nur ein sattes Minus ausweist, sondern gar noch eine Steuererhöhung.

Seit Jahren berichten wir von einem strukturellen Defizit, welches in der Stadtrechnung Einzug hält. Dabei wird verwiesen auf die Abschreibungen, welche nach wie vor weit unter den Investitionen liegen oder auf eine Steuersenkung zu viel im 2012. Oder schlicht und einfach auf diverse Rückstände, welche aufgearbeitet werden müssen. Bereits 2018 wurde uns eine Steuererhöhung vorgeschlagen mit dem Argument der negativen Budgetzahlen. Sie alle wissen, wir haben damals diese Erhöhung abgelehnt und erhielten mit den Rechnungen in den Folgejahren im Prinzip recht. Dieses Jahr wird das budgetierte Minus nicht per se infrage gestellt – wir haben jetzt auch ein oder zwei Jahre Erfahrung damit. Die Frage ist aber, wie mit diesem umgegangen werden soll. So wurde auch in den GPKs fleissig über die vorgelegten Zahlen debattiert, und wir von der GPK Finanzen und Administration haben uns gar erst in einer 2. Lesung final für die Anträge ausgesprochen. Wobei auch zu erwähnen ist, dass die zentrale Grundlage dafür war, dass eine vertiefte Betrachtung und Meinungsbildung mit den eigenen Fraktionen sowie den anderen GPKs ausschlaggebend war und sich bei der ersten Abstimmung eine Mehrheit der GPK enthielt. Dennoch, in der GPK Finanzen und Administration wird mehrheitlich die Auffassung geteilt, dass die Stadt Frauenfeld zwingend stärker auf eine Abwägung von Kosten und Nutzen achten soll. Dies bedeutet, dass die angestrebte Aufgabenüberprüfung zwingend durchgeführt werden soll, jedoch, und dies ist wohl die Crux in der Politik, müsse genauestens geschaut werden, welche Aufgaben die Stadt als notwendig zu betrachten habe. Denn genau hier gehen bekanntlich die Meinungen auseinander.

Ein Teil des budgetierten Minus kommt auch von den Mindererträgen in der Steuerrechnung. Da muss die Attraktivität für Steuerzahler gesteigert werden, sowohl für juristische Personen als auch für natürliche Personen. Gleichzeitig geht es aber nicht ohne Sparbemühungen auf allen Seiten. Oder eine klare Abgrenzung, was man sich an Leistungen verspricht und welche Leistungen als obsolet betrachtet werden. Denn vereinfacht gesagt: Wenn wir an einer Stelle mehr oder weniger symbolisch 20'000 Franken sparen und am anderen Ort mal eben 100'000 Franken mehr ausgeben – wohlgemerkt für die lange Frist – ohne klar erkennbaren Mehrwert oder damit zusammenhängende Strategie, dann ist es Pflasterlipolitik oder im schlimmsten Fall Augenwischerei. Die GPK fordert vom Stadtrat, einen Weg aus dieser Lage aufzuzeigen. Denn wenn auch noch einiges an Reserven da sind, so zeigt auch der Finanzplan ein grossmehrheitlich düsteres Bild, welches der Stadtrat bisher nicht in der Lage war zu entkräften.

Somit kommen wir zur Beschlussfassung in der GPK und aus unserer Sicht zur Beantwortung der zuvor gestellten Fragen. Ja, die GPKs sehen die Steuererhöhung als richtig an und sind mit dem Budget insgesamt einverstanden. Somit haben wir letztendlich allen Anträgen unter Berücksichtigung von Änderungsanträgen (vgl. lachsfarbenedes Papier) – wenn auch mit etwas Murren – zugestimmt. So empfehlen Ihnen die GPK Finanzen und Administration sowie auch die anderen GPKs die Annahme des Budgets und die der Steuerfusserhöhung um 3 %.

Ich möchte nun im Namen der GPK noch ein Lob an die Stadtverwaltung und insbesondere an das Team von Finanzchef Reto Angehrn aussprechen. Die Unterlagen waren einmal mehr informativ, korrekt und gut aufgemacht. Weiter möchte ich auch allen Mitarbeitenden der Stadt und ihren Betrieben danken, dass sie auch in diesen herausfordernden Zeiten sehr bemüht sind um das städtische Wohlergehen. In Anbetracht der initialen Budgetierung nicht zu vernachlässigen. Besten Dank.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Schwindende Kaufkraft, eine Welt, die verrücktspielt, eigentlich ist das nicht der Moment dazu, uns ein Budget mit einer Steuererhöhung um 3 % zu unterbreiten. Unsere Fraktion hat bereits zu Zeiten von HRM2, was für manche eher nach einer Roboterbezeichnung als nach transparenter Budgetierung tönte, mehrmals auf das langfristige strukturelle Defizit unserer Stadt hingewiesen. Dieses ist nun, auch wegen zusätzlicher Investitionen, die abgegeben werden wollen, nochmals deutlicher geworden. Folgerichtig beantragt der Stadtrat eine Steuererhöhung.

Wir müssen heute über das richtige Mass dieser Erhöhung diskutieren. Die allumfassende richtige Antwort gibt es dazu nicht. Angesichts der bereits angetönten bisherigen und aufkommenden Investitionen – Stichworte sind Hallenbad, Stadtkaserne usw. – ist es wohl eher zu wenig. Mit Blick auf das strapazierte Portmonee der ärmeren Menschen in unserer Stadt und das ökonomisch geforderte Gewerbe unserer Stadt ist aber jede Erhöhung grundsätzlich zu viel. Die Wahrheit liegt also wahrscheinlich irgendwo dazwischen. Nach eingehender Diskussion steht unsere Fraktion grossmehrheitlich hinter dem salomonischen Kompromissvorschlag des Stadtrats von 3 %.

Natürlich kann man argumentieren, dass wir zuerst an den Kosten unserer Verwaltung sparen sollten, bevor wir mit einer Steuererhöhung an die Bürgerinnen und Bürger herantreten. Das ist richtig. Sparsamkeit, Bescheidenheit und vor allem auch die Konzentration auf die ureigenen Aufgaben sind Tugenden, die auch der Stadtverwaltung gut anstehen. Wir verwehren uns gleichzeitig dagegen, der Stadt den Schnauf zu nehmen. Es bleibt für uns das Ziel, sich als at-

traktiver, menschenfreundlicher Ort zu erhalten, und weiterzuentwickeln. Und dies noch mit Seitenblick aufkommende Geschäfte. Es kann aus unserer Sicht auch nicht der Plan sein, sich künftig über lukrative Landgeschäfte zu finanzieren. Wir tun gut daran, wenn wir uns in Fragen der Immobilienpolitik auf stadtplanerische Aspekte fokussieren und nicht allzu sehr auf das schnelle Geld schießen müssen. Entsprechend dem bisher Gesagten versuchten wir, in unserer Budgetanalyse mit abwägendem Blick vorzugehen. In einigen Punkten haben wir via die Geschäftsprüfungskommissionen Sparanträge eingebracht und wir werden im Folgenden weitere Sparanträge einbringen oder unterstützen. Bei anderen Punkten wie zum Beispiel den Ideen der Werkbetriebe für ein E-Carsharing oder auch dem Smart-City-Projekt stehen wir im Sinn der bisherigen Ausführungen grundsätzlich kritisch abwartend gegenüber. Beide Beispiele betreffen wichtige und zukunftsweisende Themen. Beim Carsharing darf man sich aber fragen, ob man bei diesem Thema nicht einfacher auf die Expertise bestehender Akteure wie zum Beispiel Mobility setzen sollte. Bei der Smart-City-Strategie sind wir mit Blick auf die Erfahrungen mit der Innensstadtaufwertung unsicher, wie viel die Stadt hier auf konzeptioneller Ebene bewirken kann. Innovation oder auch Attraktivität sind letztlich Dinge, die von unten wachsen müssen und nur bedingt von oben gesteuert werden können. Wir hoffen für diesmal, dass die Stadt zu diesen beiden Vorhaben die erhofften guten Impulse setzen kann und verzichtet auf eigene Anträge, was aber nicht heisst, dass wir entsprechende Sparanträge nicht trotzdem unterstützen werden.

In anderen Punkten stützen wir die Ausbaupläne der Stadt, auch der Stellenausbau in Bereichen, die gut begründet sind, oder wir stellen Anträge zur Korrektur zu aus unserer Sicht allzu voreiligen Sparbemühungen. Mehr dazu in der materiellen Beratung.

Ein Thema, das uns in der Vorbereitung mehrfach beschäftigte, ist das Personal der Stadt. Es gehört zu unseren Pflichten als Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die Arbeit der Stadt kritisch zu hinterfragen. Das könnte dazu führen, dass in der Hitze der politischen Diskussion unser Respekt vor der Arbeit aller Angestellten der Stadt vergessen geht. An dieser Stelle möchten wir darum allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich und explizit für ihre Arbeit danken. Ein Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist hier. Eure Arbeit bringt uns alle weiter. Vielen Dank dafür. Wir begrüssen die Anstrengungen des Stadtrats, sich für ein motiviertes Personal und ein gutes Arbeitsklima einzusetzen. Ein Zeichen dafür ist der im Vergleich zu den Angestellten des Kantons etwas grosszügigere Teuerungsausgleich. Wie anlässlich der PUK-Debatte im Herbst bereits festgehalten, möchten wir aber beim Thema Personal weiterhin kritisch dranbleiben. Ein möglicher Ansatzpunkt könnte zum Beispiel die Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein. Wir möchten alle Angestellten der Stadt einladen, sofern sinnvoll die Möglichkeiten der Weiterbildungen auszunutzen. Über das Ganze gesehen ist es nämlich erstaunlich, wie wenig wir als Stadt für Weiterbildung ausgeben und wie viel für externe Expertisen. Langfristig wäre es hilfreich, möglichst viel Know-how innerhalb der Organisation zu haben und damit auch für ausgewiesene Fachkräfte attraktiv zu bleiben.

Zum Budget gehört der Blick auf den Finanzplan. Unter den vielen anstehenden Vorhaben sind Projekte zur Förderung des Velo- und Fussgängerverkehrs praktisch nicht vorhanden. Das steht in einem Widerspruch zum gültigen Richtplan und in einem Widerspruch zu den weiteren vom Stadtrat verabschiedeten Dokumenten und Konzepten wie zum Beispiel dem Fuss- und Veloverkehrskonzept 2030. Anstelle dieser Vorhaben träumt der Stadtrat im Finanzplan weiterhin davon, einen Stadtentlastungstunnel zu planen, obwohl wir alle wissen, dass im Moment die Voraussetzungen dafür kaum gegeben sind.

Zum Schluss ein Dank an den Stadtrat. Mit dem Budget gibt er uns einen detaillierten Einblick in sein Schaffen. Im Grossen und Ganzen hat er dafür unter dem Strich unser Vertrauen und auch

die Zustimmung zum Budget als Ganzes. Wir freuen uns darauf, uns weiter gemeinsam mit dem Stadtrat und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für eine menschenfreundliche und eine lebenswerte Stadt zu engagieren.

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die

Mitte/EVP: Nicht einzutreten oder zurückzuweisen ist unseres Erachtens nicht zielführend. Vermutlich würde der Stadtrat einfach beim Volk geliebte Ausgaben in für das Gesamtbudget marginaler Höhe symbolisch streichen, um zu beweisen, dass man die Zitrone ohne Schaden für das Volk bereits ausgepresst hat.

Intensiv haben wir uns in der Fraktion über die Teuerung und die steigenden Krankenkassen- und Energiekosten unterhalten. Vor allem wegen des letzten Punkts sind wir verunsichert. Weil hier das Einkaufsverhalten der Grundversorger für die Preisentwicklung entscheidend ist und somit die Einwohner der einzelnen Gemeinden sehr verschieden betroffen sind, gibt es möglicherweise keine logische Kontrolle oder Bundeslösung in Schweizer Franken. Dazu ein Dank an Thurplus, dass wir von den internationalen Preisverwerfungen nicht noch stärker betroffen sind. Aber für viele Einwohner wird es dennoch viel enger oder eben zu eng werden. Nötige Unterstützungen sind unseres Erachtens enorm wichtig und dieses Geld muss unbedingt zur Verfügung stehen. Dies muss über das Sozialamt laufen, und von dort wurde uns bestätigt, dass wir dazu keine Budgetänderungen beantragen müssen.

Wir haben eine weitere allgemeine Bemerkung. Wir finden es wünschenswert, wenn Krankheitsfälle und Auffälligkeiten beim Personal frühzeitig angeschaut werden. Dies ist auch ein Element der Fürsorgepflicht der Arbeitgeberin. Letztlich dient in solchen Fällen eine externe Betreuung vor allem aber auch dem Arbeitnehmenden. Weil die Stadt Frauenfeld das Versicherungsrisiko selber trägt, nützt es aber auch hier und die Kosten lohnen sich. Herzlichen Dank jedenfalls allen Mitarbeitenden für die gute Arbeit das ganze Jahr.

Es gibt Zitate, die in die Geschichte eingehen. Und es gibt ein Zitat, das ich hier gern wiederhole, weil es die Meinung unseres Stadtpräsidenten im Kantonsrat zur Steuerfusserhöhung wiedergibt. «Zwei Dinge lassen sich nicht unterdrücken, die Liebe und der Husten, Steuererhöhungen hingegen schon.» Und die Meinung zum letzten Satz teilen wir, aber halt auch für die Stadt Frauenfeld. Denn der Kanton und die Stadt Frauenfeld haben im Prinzip das gleiche Problem. Beide präsentieren Budgets mit steigenden Defiziten und beide können sich dies aufgrund der finanziellen Polster eigentlich auch erlauben. Entsprechend sind wir einstimmig der Meinung, dass eine Erhöhung des Steuerfusses für 2023 nicht um 3 Steuerprozent nötig ist. Wir wollen nicht, dass die Frauenfelder Steuerzahler unnötig tief in die Tasche greifen müssen. Unseres Erachtens können die Defizite vom Bilanzüberschuss getragen werden, denn wir sind auch nicht für übertriebene Sparübungen. Sparen dort, wo es nicht sinnvoll ist, nützt nichts. Die Defizite sind relativ zum kumulierten Bilanzüberschuss vertretbar. Aber natürlich kann sich auch kaum eine Familie oder ein Unternehmer einfach erlauben, bei gleichbleibendem Einkommen immer Neues dazuzukaufen, ohne sich auch wieder mal von Altem zu trennen. Hier sehen wir den grössten Handlungsbedarf, entsprechend werden wir in der Detailberatung einen Antrag bezüglich Steuerprozent stellen. Wir sind für Eintreten.

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Freuden-sprünge können wir über das Zahlengerüst der Stadtverwaltung keine machen. Nicht nur wird für das Budget 2023 ein negatives Rechnungsergebnis präsentiert und eine Steuererhöhung von 3 % beantragt, auch das prognostizierte Ergebnis für das laufende Rechnungsjahr 2022 soll sich gegenüber dem bereits budgetierten Verlust von 3.71 Mio. Franken nochmals deutlich auf einen

erwarteten Fehlbetrag von 5.24 Mio. Franken steigern. Wenn wir uns dem Finanzplan zuwenden, gilt es Ähnliches festzustellen. Der Finanzplan 2024 und die fortfolgenden Jahre bis 2026 zeigt negative Rechnungsergebnisse von rund 4 Mio. Franken, und das trotz einer erneut geplanten Steuererhöhung von 2 % im Jahr 2024. Man ist versucht zu sagen zappenduster. Jetzt kann man argumentieren, der Gemeinderat, also nicht die heute anwesenden amtierenden Räte, hätte in der Vergangenheit die Steuern zu drastisch gesenkt, das räche sich jetzt. Ich würde eher sagen, wir, also die Anwesenden, haben die Leistungen kontinuierlich erhöht und uns zu wenig Gedanken gemacht, wie das zu finanzieren ist. Die Ansprüche ans Gemeinwesen steigen und steigen – und niemand sagt Nein. Nein sagen wird aber wieder zur Pflicht, wenn wir nicht riskieren wollen, dass die Ausgaben weiter ansteigen. Denn auch mit einem zukünftig möglichen Steuerfuss von 65 % ist die Rechnung nicht im Lot. Wie immer gibt es überall gute Gründe, warum man etwas nicht muss oder meint, machen zu müssen, oder warum etwas nicht weggelassen werden kann oder man meint, es kann nicht weggelassen werden.

Nehmen wir hier den Antrag der GPK GGF. Trotz Defizit wird das Budget bei der Inland- und Auslandhilfe um satte 75'000 Franken erhöht. Sinkende Steuerkraft, Zuwachs beim Steuerfuss, insgesamt höhere Ausgaben. Ja, wo bleibt da die Logik? Wir werden in der Detailberatung deshalb den Antrag stellen, auf den stadträtlichen Vorschlag zurückzugehen.

Wir haben in der letzten Budgetdebatte darauf hingewiesen, dass im Voranschlag der Stadtverwaltung der Personalaufwand stetig steigt, für 2023 erneut um 6 %. Die von uns geforderte Leistungsüberprüfung hat nach unserem Kenntnisstand noch nicht stattgefunden. Erneut wird auf die steigende Arbeitslast hingewiesen und deshalb finden sich viele Stellenanpassungen im Budget. Auch beim Sach- und übrigen Aufwand steigen die Ausgaben signifikant an. So steigt der Unterhalt bei den Gebäuden im Verwaltungsvermögen um weitere 67'000 Franken auf 1.4 Mio. Franken. Ebenfalls ist eine Steigerung bei den Liegenschaften im Finanzvermögen vorgesehen. Insgesamt ist die Rede von 15 Mio. Franken, die in den nächsten Jahren zu investieren sind. Wenn wir alle Projekte ansehen, sei es die Stadtkaserne, der Murgbogen, die Innenstadtentwicklung, die Umsetzung der Liegenschaftenstrategie, Smart City und eine neue IT-Landschaft, all dies gibt es nicht zum Nulltarif. Die Pendenzenliste, wie in der Botschaft auf S. 8 dargelegt, ist lang. Ersatz Casino, Werkhof, Busdepot usw. Das kostet eine Stange Geld. Geld, das knapp wird. Und nicht zu vergessen, es bleiben die täglichen operativen Aufgaben, die die Verwaltung zu erledigen hat. Wir werden deshalb in der nächsten Gemeinderatssitzung eine Motion auf den Weg bringen mit der Forderung, Klarheit zu schaffen, welche Ausgaben gebunden sind und was die gesetzlichen Grundlagen hierzu sind. Was für neue Aufgaben sind in der laufenden Legislatur hinzugekommen? Wie sieht es mit der Umsetzung der Legislatorschwerpunkte aus? Kurz gesagt: Überprüfung der Aufgaben und Leistungen der Stadtverwaltung. Dann haben wir eine Basis, die es uns erlaubt, die Diskussion zu führen und Entscheidungen zu treffen. Was genau soll das Gemeinwesen leisten und zu welchem Preis?

In der Abstimmungsbotschaft vom 29. November 2020 zum Neubau Hallenbad wurde im Zusammenhang mit steigenden Betriebskosten von 1.4 Mio. Franken eine Steuererhöhung von 2-3 % nicht ausgeschlossen. Hier wurde Klartext gesprochen. Mehr Leistung, mehr Komfort, das kostet. Und der Stimmbürger hat dem zugestimmt.

Bei Thurplus kam es im beinahe vergangenen Jahr zu einigen Herausforderungen. Rasant steigende Energiepreise, Versorgungsfragen bei Gas und Strom und damit verbunden Unsicherheiten bei der Bevölkerung, Gewerbe und Industrie. Noch ist diese Phase nicht ausgestanden. Das erwartete Ergebnis für 2022 liegt nach der Auflösung der Aufwertungsreserven bei 7.6 Mio.

Franken deutlich über dem Budget. Für 2023 ist ein Ergebnis von 5.1 Mio. Franken geplant, tiefer als im Vorjahr mit den geplanten 5.8 Mio., insgesamt aber solide.

Der Finanzplan geht von einem durchschnittlichen Gesamtergebnis von 5.5 Mio. Franken aus. Die energiepolitischen Herausforderungen werden uns sicher weiter begleiten.

Das AZP ist im Auge zu behalten. In einer der letzten Sitzungen haben wir die Erhöhung der Pensionspreise beschlossen, damit die Rechnung einigermaßen ausgeglichen werden kann. Es ist davon auszugehen, dass wir bald wieder über eine Tarifierhöhung beraten werden. Mit einem budgetierten Gewinn von 264'000 Franken bewegen wir uns ganz am unteren Ende der Erwartungen. Ab 2030 stehen im AZP sehr grosse Investitionen an. Gemäss groben Schätzungen werden sich diese im zweistelligen, wenn nicht gar im dreistelligen Millionenbereich bewegen. Es fragt sich hier: Gibt es hierzu eine mittelfristige Planung, die den Investitionsbedarf aufzeigt?

Sie sehen, wir haben hier viele Fragezeichen. Wir möchten trotzdem den Finanzteams und allen Beteiligten für die Erstellung der Unterlagen herzlich danken und auch dem Stadtrat. Die Fraktion FDP wird dem Steuerfuss mehrheitlich zustimmen und den Budget, wenn auch zähneknirschend, zustimmen.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Rot ist eine Farbe, die uns eigentlich gefällt. Wenn sie aber in einem Budget oder in einer Rechnung vorkommt, sind auch wir nicht erfreut. Das Budget der Stadtverwaltung weist für nächstes Jahr ein Minus von fast 4 Mio. Franken aus, das hat uns nicht nur nicht gefallen, sondern auch zu vielen Diskussionen geführt.

Ja, wir haben die Fragen bereits gehört. Was ist denn nun das Problem? Fehlender Sparwille, fehlende Sparmöglichkeiten, zu viele Aufgaben, aufgelaufene Investitionen? Irgendwie von allem etwas und noch einiges mehr. Es ist also schwierig, mit dem Finger auf etwas zu zeigen und zu sagen, das ist überflüssig oder hier soll man sparen. Wir haben uns aber doch intensiv mit einzelnen Dingen beschäftigt und werden im Verlauf der Sitzung noch Anträge stellen bzw. haben sie in den GPKs bereits gestellt. Denn für uns ist vor allem eines ein Problem, die Nettoverschuldung. Klar kann man sagen, wir haben ein grosses Eigenkapital, das Defizite erlaubt. Was aber aus unserer Sicht gar nicht geht, ist, dass Nettovermögen in einer handvoll Jahre von einem guten Polster in einen Schuldenberg zu verwandeln. Hier müssen wir mehr Gegensteuer geben. Wenn die Schulden schon derart hoch sind, bevor die grossen Brocken alle ausgelöst sind, haben wir bald keine Handhabe mehr. Ein Verkauf von Liegenschaften kann da zwar kurzfristig helfen, aber damit geben wir auch Handlungsspielraum aus der Hand. Die veräusserten Flächen werfen keinen Gewinn mehr ab und sie sind auch im Vermögen nicht mehr vorhanden. Wenn wir die Liegenschaften in Stadthand halten, gibt es zwar keinen kurzfristigen Gewinn, mit dem man sich profilieren kann, es hilft aber auf Dauer, den Steuerfuss tiefzuhalten, wenn man dafür Zinsen bekommt. Und eben das Beste ist, es gehört noch der Stadt. Die Wertsteigerung bleibt im eigenen Sack und fliesst nicht irgendwohin. Natürlich muss der Unterhalt gemacht werden, ansonsten stehen wir in ein paar Jahren wieder am selben Punkt wie jetzt. Der Gewinn wurde jahrelang abgeschöpft, hat mitgeholfen, den Steuerfuss tiefzuhalten. Ab jetzt stauen sich die Investitionen.

Die fetten Jahre sind vorbei. Ein bisschen Zuschauen und hoffen, es wird dann schon besser, geht jetzt nicht mehr. Für uns ist die beantragte Erhöhung des Steuerfusses deshalb das Minimum. Eigentlich längst überfällig. Es verhält sich in etwa so wie bei der Energie im Moment. Das Problem ist längst bekannt, aber die Politik sträubt sich, etwas zu unternehmen, findet Ausreden

hier, findet Ausreden da. Wenn es so weit ist, dass es nicht mehr geht, steht man sich schon wieder auf den Füßen, weil dann jeder sein eigenes Gärtchen bewirtschaftet haben will.

Der Ausbau von erneuerbaren Energien wurde schon lange proklamiert, das Minus der Stadt war absehbar. Wir müssen aufhören, uns gegenseitig zu behindern. Da sparen, wo es Sinn macht, gleichzeitig die Einnahmen erhöhen und dann kommt es gut. Zum einen muss der Stadtrat dies in Zusammenarbeit mit der Verwaltung machen und zum anderen müssen wir, das Parlament, sagen, was wir sinnvoll finden. Auf Verwaltungsseite kann oder will man offenbar die Ausgaben nicht weiter senken, ansonsten hätten wir nicht ein so grosses Minus. Also müssen wir definieren, was wir rauskippen wollen oder welche Dienstleistungen nicht mehr angeboten werden sollen. Wir unterstützen die Initiative der FDP hier also sehr. Ich erwarte nämlich von allen hier im Saal jetzt und in den nächsten Jahren klare Anträge zu einzelnen Dingen, die wir diskutieren können. Denn nur so kann es gehen. Gleichzeitig müssen wir aber auch akzeptieren, wenn es eine Entscheidung gibt, wo wir Leistungen beibehalten wollen, dass wir das Geld einnehmen müssen. Das Ganze ist ein demokratischer Prozess. Wenn ein Antrag einer Streichung abgelehnt wird, muss auch das Geld dazu gesprochen werden. Sprich, es gibt Steuererhöhungen. Oder umgekehrt natürlich.

Und ja, es ist peinlich, wenn man genau dann mit dem Steuerfuss rauf muss, wenn sowieso alles teurer wird. Aber wie gesagt, es war absehbar und es wird nicht besser. Erst war Corona, jetzt die Energie – mal schauen, was in zwei oder drei Jahren auf uns wartet.

Denken Sie auch daran, dass der Steuerfuss allein nicht das einzige Kriterium ist, warum man in Frauenfeld leben möchte. Wir haben es schön hier. Schauen wir, dass es auch in Zukunft so bleibt. Dazu gehört auch gutes und vor allem genügend Personal. In fast allen Bereichen ist es anscheinend schwierig, Leute zu rekrutieren. Wir verstehen deshalb nicht, wieso der Stadtrat die Teuerung nicht komplett ausgeglichen hat. Die nächsten Preissteigerungen sind bereits angesagt. Krankenkassenprämien und Energie werden per 1. Januar 2023 zum Teil massiv teurer, und das wird kaum nur eine kurzfristige Sache bleiben. Leider können wir dafür keinen Antrag stellen. Wir hätten es wohl versucht, zumindest die untersten Löhne mit dem vollen Teuerungsausgleich zu bedienen.

Der Teuerungsausgleich ist aus unserer Sicht der Grundsockel, den man beibehalten muss, um nicht noch unattraktiver zu werden. Um aber an Attraktivität als Arbeitgeberin zu gewinnen, braucht es noch etwas mehr Effort und Ideen. Ein Nichtbesetzen der Stellen führt in allen Bereichen zu Mehrarbeit oder im AZP gar dazu, dass eine Vollbelegung nicht mehr möglich sein wird und somit zu weiteren Mitarbeitenden, die abspringen. Ein Teufelskreis, der am besten gar nicht erst ins Drehen kommen darf. Hier ist der gesamte Stadtrat gefragt, zusammen mit dem Personalamt eine Früherkennung zu entwickeln und auch auf Kritik zu hören.

Weiterbildungen können ein Anreiz sein, sich zu verpflichten. Ausserdem können mit gezielten Weiterbildungen allenfalls externe Kosten eingespart werden, wenn die Leistung nicht teuer eingekauft werden muss. Hier darf man ruhig etwas grosszügiger sein und die Mitarbeitenden auch auf Weiterbildungsmöglichkeiten hinweisen. Auch hätten wir aus dem AZP gern gehört, welche Massnahmen konkret angedacht sind, um die Attraktivität zu erhöhen. Die Bezahlung der Umkleidezeit trägt nicht zur Attraktivitätssteigerung bei, sondern verhindert nur ein Hinterherhinken des AZP gegenüber den meisten anderen Institutionen.

Wir finden es gut und richtig, wenn das Personal entlastet wird, manchmal werden aber auch neue Aufgaben geschaffen, die nicht nötig wären. Die Marketingabteilung der Stadt ist mittlerweile besser aufgestellt als die IT. Da sind wir nicht sicher, ob es wirklich überall einen Hochglanzprospekt braucht oder ob es nicht doch ein einfaches Arbeitspapier tun würde. Es ist klar, die IT-Strategie wird etwas kosten, nichts machen ist aber auch keine Lösung.

Und noch ein Beispiel zu einer aus meiner Sicht fragwürdigen Planung: Auf dem Sportplatz wurde die Hauptplatzbeleuchtung für satte 38'000 Franken ersetzt und jetzt braucht es nochmals eine Planung für den Ersatz der restlichen Leuchtmittel für 8'000 Franken.

Zu Thurplus sind folgende Fragen aufgetaucht: Weshalb wurde die geplante Trafostation wieder verworfen? Weshalb wird ein Carsharing intern aufgezoogen, wo es doch bereits etablierte Systeme wie Mobility gibt? Hier muss sich Thurplus, wie zum Teil auch der Rest der Verwaltung, klar sein, was mit solchen Projekten angerichtet wird. Man investiert viel Zeit in etwas, das bereits etabliert ist und man sich günstig zukaufen könnte. Dabei wird Geld verschleudert und die Mitarbeitenden haben zu wenig Zeit für ihre Kernaufgaben. Das wiederum führt zum bereits erwähnten Teufelskreis. Dieses Carsharing ist ein gutes solches Beispiel, das so nicht sein sollte. Insbesondere wenn dafür dann auch noch Geld aus dem Energiefonds gesprochen wird, rollen sich bei uns die Zehennägel.

Fassen wir also nochmals kurz zusammen: Kurzfristige Einnahmen aus Liegenschaftengeschäften gegenüber sind wir kritisch und plädieren dafür, langfristig zu denken. Das Geld, das ausgegeben wird, soll möglichst sinnvoll und demokratisch legitimiert ausgegeben werden. Und wenn die Legitimation für die Aufgaben vorhanden ist, braucht es entsprechend Einnahmen. Und bei allen Bemühungen, den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen, sind die Angestellten nicht zu vergessen. Das sind diejenigen, die die Verwaltung am Laufen halten, aber auch dafür sorgen, dass wir tagtäglich Energie und Wasser haben und im Alter gut umsorgt werden. Deshalb danken wir allen Mitarbeitenden und dem Stadtrat für die geleistete Arbeit zur Budgeterstellung sowie allen anderen Arbeiten unter dem Jahr.

Gemeinderat Andres Storrer (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Besten Dank an sämtliche Beteiligten für das vorliegende Werk. Auch unsererseits grosses Lob für den klaren und gut strukturierten Aufbau, welcher die Bearbeitung erheblich erleichtert hat. Dann möchte ich mich meinen Vorrednern anschliessen, was den Dank an alle Mitarbeitenden der Stadt angeht und insbesondere was Kollege Christ gesagt hat, was den Respekt ihnen gegenüber anbelangt, unabhängig von der heutigen Debatte.

Eigentlich ist das Budget zukunftsgerichtet. In unserem Fall haben wir jedoch immer wieder Rückblicke und Vergleiche zu früheren Budgetdebatten gemacht. Alle Jahre wieder wird daher, passend zur Jahreszeit, dass eine oder andere mal fallen.

Grundsätzlich ist das Budget für das Jahr 2023 selbsterklärend und lässt keine wesentlichen Fragen offen. Obschon das Resultat unter dem Strich schmerzt, kam dies nicht unerwartet. Die sieben fetten Jahre scheinen vorüber zu sein. Ob uns lediglich sieben magere Jahre bevorstehen, ist in Anbetracht der Prognosen und anstehenden Projekte ungewiss. Aber wir wollen hier auch kein allzu düsteres Bild zeichnen.

Alle Jahre wieder. Das Nötige vom Wünschenswerten zu trennen, haben wir oft gehört. Vielleicht ist es nun langsam aber sicher an der Zeit, uns auf das Wesentliche zu konzentrieren und

überall sonst den einen oder anderen Abstrich zu machen. Wohlgermerkt, die Rahmenbedingungen waren auch schon gnädiger. Energie, Personal, Kapital etc. waren auch schon günstiger, wobei hoffentlich niemand längerfristig mit derart tiefen Kapitalkosten gerechnet hat. Hinzu kommen der Nachholbedarf bei den städtischen Liegenschaften und ein beachtlicher Kapitalbedarf für Investitionen. Selbstverständlich sind da auch noch die Nachwehen der Pandemie, wobei wir diese auch in finanzieller Sicht irgendwann hinter uns lassen müssen.

Alle Jahre wieder. Wo ist der Sparwille? Aber halt. Natürlich sind uns die zahlreichen Sparmassnahmen aufgefallen. Wir haben diese positiv zur Kenntnis genommen. Trotzdem einige, teilweise negative Anmerkungen dazu: Viele Kürzungen betreffen einmalige Aufwendungen, strukturelle Einsparungen sind eher rar. Was alles zur Absage der Bundesfeier geführt hat, ist anhand des Budgets nicht eruierbar. Vom Betrag her dürften die Gründe nicht nur finanzieller Natur sein. Böse Zungen würden behaupten, dass wir nun schliesslich ein Streetart Festival kriegen. Bei den zentralen Diensten des Amts für Kommunikation und Wirtschaftsförderung schlagen die Preissteigerungen für Papierprodukte mit 10'000 Franken zu Buche. Gleichzeitig sollen die Quartierzeitungen unserer Quartiere mit ebenso viel Geld unterstützt werden. Lediglich zwei Quartiere haben überhaupt noch eine Zeitung, die übrigen finden eine Zeitung nicht zeitgemäss oder haben kein Interesse daran. Leider sind die 10'000 Franken zweckgebunden. Klar, das ist nicht die Welt, aber Sparwille ist es auch nicht.

Zum Steuerfuss: Bei der letztjährigen Budgetdebatte bezeichnete Kollege Christ Steuererhöhungen als ein Mittel zum Zweck für den Erhalt guter Basisinfrastrukturen und Basisdienstleistungen. Dies deckt sich mit unserer Auffassung bezüglich der Aufgaben unserer Stadt. Doch wie weit ist Basis und wo beginnt das Supplement? Klar, die Notwendigkeit der Steuererhöhung dürfte unbestritten sein, zwar wider Erwarten früher und die Steuererhöhung 2024 wurde auch schon bekanntgegeben. Klar, Frauenfeld stand auch schon bei 83 Steuerprozenten. Klar auch: erhöhte Abschreibungen, Kapitalkosten, Auswirkungen des Ukrainekriegs und nach wie vor die Covid-Pandemie. Von vielem sind aber auch die Steuerpflichtigen selbst betroffen. In diesem Fall sprechen wir im gleichen Atemzug von entsprechenden Anpassungen der Sozialleistungen, um den Bedürftigen unter die Arme zu greifen. Den passenden Zeitpunkt für alle zu treffen, ist bekanntlich schwierig. Die Reaktionen aus der Bevölkerung bleiben abzuwarten. Wir hoffen, die Steuerzahler nehmen die Steueranpassung ebenso gefasst auf wie wir hier. Auch hoffen wir auf ihren Glauben daran, dass mit den Steuergeldern umsichtig und nachhaltig umgegangen wird und sie nicht den Eindruck haben, man lebe weiterhin scheinbar auf grossem Fuss.

Dem weiteren Stellenausbau sehen wir kritisch entgegen. Wie üblich sind die zusätzlichen Stellen teilweise nachvollziehbar, teilweise aber auch nicht. Die Stellen werden kontinuierlich ausgebaut. Und ja, die Aufgaben der Stadt haben zugenommen, aber eben, hat die Stadt wirklich so viele Aufgaben? Uns ärgert, dass trotz vermehrter Einwände in der Vergangenheit zum jetzigen Zeitpunkt noch befristete Stellen in fixe umgewandelt werden. Eine Klatsche für all jene, die das vorausgesagt haben. Die bereichsweise Überbelastung bestreiten wir nicht, aber in anderen Bereichen scheint die Belastung deutlich weniger stark ausgeprägt zu sein. Nebst den städtischen Aufgaben an sich gilt es unserer Ansicht nach, hier nach Möglichkeit Verbesserungen zu suchen.

Zur Erfolgsrechnung: In Anbetracht der Umstände sollten die Investitionen beim Casino minimiert werden. Wir werden aber keine entsprechenden Anträge stellen. Inwiefern und wie oft die Feuerwehr einen Teleskopklader benötigt und ob die Anschaffung oder Miete lukrativer wäre, wurde intern diskutiert. Aus parteipolitischen Gründen sind wir selbstverständlich davon ausgegangen, dass der Teleskopklader dringend benötigt wird. Spass beiseite. Wir sind der Meinung,

dass dieser Entscheid gewissenhaft gefällt wurde und finden, dass hier am falschen Ort gespart wäre.

Anträge: Wir haben uns bemüht, uns auf das Wesentliche zu konzentrieren. Unsere Anträge betreffen lediglich kostenintensive und wiederkehrende Positionen, welche nach unserer Auffassung nicht systemrelevant sind und wir zudem davon ausgehen, dass sie mehrheitsfähig sein sollten.

Stellenausbau beim Amt für Kultur, die Erhöhung der Stellen um 2 mal 10 %: Eine Stellenerhöhung um jeweils 10 % ist für uns nicht praxistauglich. Diese Engpässe müssen anderweitig gelöst werden. Wir werden in der Detailberatung daher die Streichung beantragen.

Smart City ist für uns kein Unding, jetzt ist schlicht und einfach nicht der Zeitpunkt für die Umsetzung in diesem Umfang. Wir werden in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen.

Zu guter Letzt werden wir in der Detailberatung den Neubau des Spielplatzes am Ahornweg zur Streichung beantragen. Details folgen.

Anträge, die die Stadtkasse entlasten, werden wir unterstützen. Anträge, die das Budget weiter belasten folglich ablehnen.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Vielen Dank für die insgesamt wertschätzende Würdigung des Budgets. Ich habe das gehört, auch die Dankesworte an die Mitarbeitenden, die ich natürlich gern weitergeben werde.

Das Budget der Stadt Frauenfeld schliesst über alle Bereiche hinweg gesehen mit einem Plus, ja mit einem Plus. Der Löwenanteil liefert seinem Namen entsprechend Thurplus mit 5 Mio. Franken dank der zweiten Tranche Auflösung der Aufwertungsreserve. Auch im Plus dank der Tarifierhöhungen ist das AZP mit rund 250'000 Franken. Einzig die Verwaltung schliesst trotz vorgeschlagener Steuerfusserhöhung mit einem Minus von knapp 4 Mio. Franken.

Betrachten wir die Gründe, dann sind wir bei Thurplus voll im Wind von Strom- und Gasknappheit stehend mit Investitionen in eine nachhaltige Energiezukunft. Jüngste Volksentscheide tragen aber diesen Kurs mit, das ist also demokratisch legitimiert.

Beim AZP nehmen die Personalkosten zu, auch weil die Pflegeintensität nach einem coronabedingten, kurzzeitigen Rückgang weiter zunimmt. Zugleich stehen dort künftig grosse Investitionen in die Infrastruktur bevor, diese wurden auch erwähnt.

Bei der Stadtverwaltung sind die Gründe vielfältiger und sie sind auch noch komplexer. Auf den ersten Blick zeigt sich, dass das Einwohnerwachstum und damit das Steuerertragswachstum in den letzten Jahren im Verhältnis zu umliegenden Gemeinden und dem Kanton unterdurchschnittlich war. Umgekehrt hat die Zinslast für Schulden 2022 stark zugenommen und macht allein ein Ausgabenwachstum von mehr als 1 Steuerprozent aus. Auch die Teuerung schenkt ein, sei es bei den Löhnen, sei es bei Material und Energie. Und schliesslich schlägt vor allem der aufgeschobene Liegenschaftenunterhalt der vergangenen Jahre und Jahrzehnte zu Buche und erfordert Mehraufwendungen in die in die Jahre gekommene Infrastruktur.

Auf den zweiten, vertieften Blick kommen wir den eigentlichen Ursachen auf die Spur. Kurz zusammengefasst heissen diese Zentrumslasten. Die Aufgaben, die eine Stadt gegenüber dem sie umgebenden Gemeinden zu bewältigen hat, belasten die Stadtkasse, das haben eigene Abklärungen der Städte dieses Jahr ergeben, zu 60 % mehr als jene der kleinen Gemeinden. So konnte Frauenfeld wegen unterdurchschnittlich wachsender Steuerkraft die Steuern weniger senken als die Gemeinden. Und der kantonale Finanzausgleich spielte den strukturschwachen Gemeinden in die Hände, während er bei Frauenfeld und bei anderen Städten fast keine Wirkung entfaltet. So hat sich in den vergangenen Jahren ein strukturelles Defizit entwickelt, auf das ich Sie und andere auch schon in früheren Jahren hingewiesen habe. Diese Aufgaben wurden von unserer Vorgeneration, also von jenen, die 1970-2000 am Ruder waren, mit einem Gemeindesteuerfuss von sage und schreibe 80-90 % bewältigt. So wurden unter anderem grosse und wichtige Infrastrukturbauten erstellt, die wesentlich zur schönen und guten Entwicklung der Stadt und der Region beigetragen haben. Unsere Vorgeneration, also jene, die 2009-2019 am Ruder waren, hat den Steuerfuss sukzessive zurückgefahren auf 60 Steuerprozent, weil sie keine grossen Investitionen mehr zu bewältigen hatte und vom hohen Eigenkapital profitieren konnte.

Doch nun stehen wieder grosse Aufgaben bevor. Die Infrastruktur kommt in die Jahre, sie muss zudem auf die neuen Herausforderungen der Dekarbonisierung ausgerichtet werden. Die Digitalisierung unserer Prozesse und Arbeiten wird unter anderem wegen des immer stärker sich abzeichnenden Personalmangels zum Gebot der Stunde und auseinanderdriftende gesellschaftliche Entwicklungen machen Kommunikation und den Einsatz für den Zusammenhalt auf verschiedensten Ebenen im wahrsten Sinne des Wortes notwendig. Diese Herausforderungen können wir nur mit Investitionen in Menschen, (unter anderem Personal), in Innovation (unter anderem Digitalisierung und Smartness) und in Infrastrukturen begegnen. Machen wir nicht den gleichen Fehler wie bei der Altersvorsorge oder bei der Energieversorgung, schlagen wir also nicht die Warnungen in den Wind, denn das geht unweigerlich auf Kosten unserer jüngeren Generation. Unsere Generation ist es sich gewohnt, dass alles schon da war, dass wir die Steuern senken können, dass Zinsen fallen und dass wir trotzdem weitere Ansprüche stellen können. Diese Zeit geht vorbei. Schneller vielleicht als uns lieb ist, aber wie gesagt nicht ohne Vorwarnung.

Wir haben seitens Stadtrat, also unsere Vorgänger, schon vor 11 Jahren darauf hingewiesen, dass die letzte Steuersenkung die eine zu viel war. Wir haben vor vier Jahren bereits eine Steuerfusserhöhung beantragt. Damals mag der Spruch, dass sich zwei Dinge nicht unterdrücken lassen, die Liebe und der Husten, aber eine Steuerfusserhöhung schon, gegolten haben. Damals vielleicht, weil ausserordentliche Buchgewinne der Rechnung zu positiven Abschlüssen verholfen haben. Aber auch dies ist nun vorbei. Jetzt ist vielmehr die Zeit, um in die Zukunft zu investieren, ähnlich unserer Vorgeneration, vielleicht nicht mit einem so hohen Steuerfuss allerdings.

Der Stadtrat hat Ihnen ein Budget vorgelegt, das er wohl tariert hat. Zurückhaltung bei den Löhnen, auch wenn uns dies im Wettbewerb mit dem Kanton Zürich nicht sehr hilfreich sein wird. Wünschenswertes reduziert, Investitionen vor allem in personelle Ressourcen und in Infrastruktur, Steuerfussanpassung zur Wahrung der Liquidität und zur Vorbeugung einer sonst sich anbahnenden zu hohen Steuerlast. Wir sind überzeugt, dass wir damit für 2023 ein Gleichgewicht gefunden haben, dass wir uns aber in Zukunft noch weiter in Richtung eines integrierten Aufgaben- und Finanzplans entwickeln müssen. Das ist ein anderes Wort dafür, was offenbar die FDP mit Unterstützung der SP im Sinn hat, uns aufzutragen. Ob Ihre Anträge von heute diesem Gleichgewicht gut tun, wage ich ehrlich gesagt etwas zu bezweifeln. Diese senken zum einen die Einnahmen und steigern in ihrer Mehrheit die Ausgaben und führen so eben zu Schulden, die künftige Generationen abzutragen haben werden. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Aus den abgegebenen Voten entnehme ich, dass das Eintreten unbestritten ist. Niemand hat das angesprochen. Das heisst, wir können mit der Detailberatung beginnen. Ich werde in rund einer Stunde eine Pause einplanen, das wird dann sein, wenn es gerade passt, auch von der Besprechung her. So kommen wir zur detaillierten materiellen Beratung. Wie angekündigt, beginnen wir mit allfälligen grundsätzlichen Anträgen, insbesondere zu den Anträgen 1 bis 2 der Botschaft, wo es um Besoldung und Steuerfusserhöhung geht.

DETAILBERATUNG

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Gerne stelle ich unseren Antrag gegen die Steuerfusserhöhung auf 63 % gemäss gewünschtem Ablauf zu Beginn dieser materiellen Beratung. Es ist ja auch nicht damit zu rechnen, dass die nachfolgend von euch kommenden Änderungsanträge auch im Total in steuerfusserrelevanten Dimensionen sind. Wir sehen folgende Gründe:

Bereits letztes Jahr haben wir den Wunsch geäussert, dass wer das Wachstum der Bilanzüberschüsse mitfinanziert hat, zu einem schönen Teil auch noch von seinem Abbau profitieren soll. Frauenfeld soll möglichst lange mit einem Gesamtsteuerfuss leben, der unverändert bleibt. Wir erachten den jetzigen Zeitpunkt für eine zu hohe Steuerfusserhöhung als sehr schlecht. Auch Steuerzahler erleben die starke Teuerung und die Steigerung der Krankenkassen- und Energiekosten erleben sie auch, und auch sie waren nicht darauf vorbereitet. Die Teuerung bringt der Stadt aber auch Vorteile. Wenn jemand zum Beispiel bei einem Einkommen von 100'000 Franken und einem steuerbaren Vermögen von 200'000 Franken ein steuerbares Einkommen von 60'000 Franken hat und 2 % mehr Lohn bekommt, steigt seine Steuerrechnung praktisch um den gleichen Betrag wie bei einer Erhöhung des Steuerfusses um 3 %. Die Lohnteuerung bringt in diesem Beispiel also genau gleich viel wie die vom Stadtrat vorgeschlagene Steuerfusserhöhung. Natürlich kann es sein, dass dies nicht konsequent greift. Dies gilt es aber zu beachten, man wird es aber leider erst in eineinhalb Jahren wirklich sehen. Wir können uns aber leisten, etwas optimistisch zu sein. Der Stadtpräsident verspricht eine Aufgabenüberprüfung. Dies müsste dann ja auch erfolgsrechnungsrelevante positive Veränderungen haben. Leider sind wir aber nicht davon überzeugt, dass die Kosten von externen Interviews durch die Einsparungen gedeckt werden. Vermutlich ist dies nur in der direkten Führung möglich und wenn man den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Anreize gibt, auf Sparpotenziale aufmerksam zu machen. Wir sind also gespannt. Aber ein sicher gutes Motiv gegen eine frühzeitige Steuerfusserhöhung. Und ja, auch in dieser Beziehung hatte der Stadtpräsident im Kantonsrat ein gutes Votum, es handelt sich ja nur um ein Budget und nicht um die Rechnung. Gute Einsparungsideen sind also auch im Lauf des Jahres noch möglich und erwünscht.

Wie bereits beim Eintreten erwähnt, sind unseres Erachtens die Defizite relativ zum langjährig aufgebauten Bilanzüberschuss vertretbar. Problematisch können dagegen Käufe von Liegenschaften und Grundstücken sein. Ich sage bewusst und ehrlich: können. Derzeit gehe ich davon aus, dass wir bald vernünftige Informationen erhalten, wie gut die Liegenschaften an der Freie Strasse rentieren und was damit vorgesehen ist. Ebenso dürfte klar werden, wie es mit der Rendite des Baurechtsvertrags für das von der Schule gekaufte Land aussieht. Aber wenn wir immer wieder etwas dazukaufen, dann müssen wir allenfalls auch einmal etwas verkaufen. Verkäufe ergeben Liquidität, weniger Schulden und damit weniger Zins- und Amortisationskosten und neuen Spielraum. Im Budget 2019 hatten wir zum Beispiel 2 Mio. Franken aus dem Landverkauf erwartet, wir warten immer noch, aber die kommen schon irgendeinmal. Wenn wir zukaufen

müssen, weil wir dringenden Handlungsbedarf sehen, müssen wir halt andere Objekte auch wieder verkaufen, die die Stadt nicht so dringend braucht. Das müsste auch die im Eintreten erwähnte Firma oder Familie machen. Dafür eignen sich wahrscheinlich vor allem Liegenschaften mit schlechter Rendite und aufgestautem Renovationsbedarf. Denn wir sind uns ja wahrscheinlich einig, dass die Stadt weniger Ressourcen für die Begleitung solcher Projekte hat und tendenziell eher teurer renoviert, als private Investoren dies vermutlich machen würden.

Unsere Schlussfolgerung: Eine Rückweisung nützt nichts, da damit der Stadtrat zu wenig Zeit für solche grundsätzlichen Überlegungen zur Verfügung hätte. Aber der Stadtrat soll die Zeit bis zum nächsten Budget nutzen und prüfen, wie er durch Veränderungen mit grossen Würfeln statt mit kleinen symbolischen Streichungen ein gutes Budget präsentieren kann.

Wir beantragen aber dennoch nicht eine vollständige Streichung des Erhöhungsantrags, was in unserer Fraktion auch nicht einstimmig gewesen wäre. Wir stellen aber einstimmig den Antrag, den Steuerfuss auf 62 % statt auf 63 % zu erhöhen. 1 % Differenz tönt nach symbolisch, ist aber auch ein Drittel der vom Stadtrat vorgeschlagenen Erhöhung, und zudem gibt es unseres Erachtens dafür gute Gründe. Mit der von uns vorgeschlagenen reduzierten Erhöhung ist der Gesamtsteuerfuss 2023 für die Frauenfelder Steuerzahler gegenüber 2022 unverändert. Vermutlich sind die in der Botschaft zur Badi erwähnten und geforderten zusätzlichen Steuerprozentage bei vielen von euch ohnehin schon als zwingend gegeben hinterlegt. Entsprechend berücksichtigen wir diese doch bereits jetzt, es sind auch 2 %.

Der zweite Grund ist eher pragmatisch. Wir befürchten, mit einem gänzlichen Verzicht auf eine Steuererhöhung überhaupt keine Chance zu haben. Und mit dem Kompromiss bleibt der Steuerfuss wie oben gesagt dank der 2%-Reduktion der Schule ja wenigstens gleich hoch. Wir bitten Sie, unseren Antrag zu unterstützen.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Gemeinderat Regli hat ein Beispiel genommen mit einem Jahreseinkommen von 100'000 Franken. Zufälligerweise haben wir das in unserer Familie gerade so plus minus. Ich kann Ihnen sagen, was wir an Steuern mehr bezahlen, wenn wir den Steuerfuss um 1 % mehr heben. 27 Franken sind das im Jahr. 27 Franken. Ich bezahle diese 27 Franken sehr gern, wenn wir damit unsere Infrastruktur erhalten können, wenn wir damit die Leistungen der Stadt so weiterführen können, wie sie sind. Denn für die Stadt macht es 600'000 Franken aus, für den einzelnen Steuerzahlenden sind es wie gesagt diese 27 Franken. Wenn wir das noch durch vier teilen, die Anzahl Personen in unserem Haushalt, dann ist es bereits ziemlich vernachlässigbar. Mir tun vielmehr die Personen mit tiefen und sehr tiefen Einkommen leid, die schon mit Krankenkassenprämien, mit Energiekosten übermässig belastet werden. Dort müssen wir den Hebel ansetzen. Wenn ich nochmals 27 Franken bezahlen muss, um die unteren Einkommen zu entlasten, denn unser Einkommen ist schön, ich weiss nicht, wann ich mich das letzte Mal hätte einschränken müssen, weil das Geld nicht gereicht hat, da zahle ich gern nochmals 27 Franken, um die untersten Einkommen zu entlasten. Von da her rate ich Ihnen, diesen Antrag abzulehnen.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Ich kann diesen Antrag von Gemeinderat Regli als Stadtrat verstehen. Aber als Liegenschaftsverantwortlicher der Stadt Frauenfeld werden meine Gedanken schwieriger. Es sind zwar nur gut 600'000 Franken, die wir da nicht haben. Aber es geht der Stadt Frauenfeld nicht rosig, das sehen wir. Diese eine Steuersenkung zu viel von 3 % von 2012 haben einige hier im Rat miterlebt, die war das. In dieser Zeit, in diesen 11 Jahren wären 19.5 Mio. Franken zusammengekommen, um sie für Infrastrukturen zurückzustellen. Wir kennen die

Instrumente der Vorgaben der Finanzpolitik, und dass bestehende Projekte vorhanden sein müssen, um eine Rückstellung zu machen. Wir müssen in den nächsten 25 Jahren mindestens diese 19.5 Mio. Franken aufholen. Und wenn wir nicht früher anfangen und gewisse Massnahmen treffen, werden wir es noch auf die nächste Generation verlagern.

Der Stadtpräsident hat es angetönt, in den 70er- und 80er-Jahren wurde in der Stadt Frauenfeld sehr viel investiert. 1972 waren wir bei 90 Steuerprozent, heute sind wir bei 60 und wir haben in dieser Zeit sehr viele Liegenschaften erstellt. Nun sind wir in den Jahren der Sanierung. Beim Hallenbad hat man 2-3 Steuerprozent gesagt. Im Finanzplan sind nächstes Jahr 2 Steuerprozent zum Vollbetrieb des Hallenbads vorgesehen. Die Zustandsanalysen der Verwaltungsliegenschaften von Basler & Hofmann haben ergeben, dass in den nächsten 25 Jahren jährlich 3.5 Mio. Franken bis 4.5 Mio. Franken investiert werden müssen. Wir haben im Budget bei der Liegenschaftsverwaltung 600'000 Franken Mehrausgaben im letzten Jahr in Liegenschaftssanierungen von Verwaltungsliegenschaften. Das ist 1 Steuerprozent. Und jetzt können Sie bei 600'000 Franken selber hochrechnen, was das bedeutet, wenn man 3.5 Mio. Franken bis 4.5 Mio. Franken Nachholbedarf hat. Uns ist auch klar, dass nicht alles von diesen Sachen auf 1 Steuerprozent fallen wird. Und klar ist auch, dass man Liegenschaften kaufen und zwischendurch auch wieder mal verkaufen muss, um die Liquidität und die Betriebskosten von Liegenschaften hochzuhalten. Man kann auch sagen, das soll auch kein Vorwurf an die Vorgänger sein, die Liegenschaften waren ja in Schuss, die waren betriebstauglich, in den letzten 15-20 Jahren haben wir von der Substanz gelebt. Wenn man von der Substanz lebt, muss man irgendwann wieder Substanz aufbauen. Und wir sind leider in dieser Situation. Wir haben uns als Gesamtstadtrat gesagt, wir schauen dieser Situation in die Augen, wir wollen von Frauenfeld etwas sehen, in die Zukunft gehen und das in Angriff nehmen.

Wir verstehen auch die Frage, ob alles Aufgabe der Stadt ist. Ja, wir prüfen solche Sachen. Aber grosse strukturelle Massnahmen sind nicht von heute auf morgen gemacht, weil es einige Faktoren darin hat, die betroffen sind. Auch Kommunikation intern und extern usw. Es gibt einige Zusammenhänge.

Baurecht ist eine Sache, die wir bei anderer Gelegenheit diskutieren können. Da gibt es dafür und dawider, und das ist in der Liegenschaftenstrategie auch beschrieben. Daran hält sich der Stadtrat auch. Bei Gewerbeliegenschaften ist es sinnvoll, wenn man das machen kann, wenn sich die Gelegenheit bietet. Der Pflanzschulweg wurde auch angesprochen. Wieso hat die Stadt Frauenfeld Interesse am Pflanzschulweg? Wenn Frauenfeld in Zukunft höhere Steuereinnahmen haben will, brauchen wir Masse, damit wir Firmen ansiedeln können oder Firmen in Frauenfeld umsiedeln können, damit wir Wachstum in Firmen bringen können. Damit können wir höhere Steuererträge und mehr Arbeitsplätze schaffen. Wenn wir das aktiv machen können, haben wir darauf einen Einfluss. Das hat wiederum einen Einfluss auf den Liegenschaftsunterhalt von 3.5 Mio. Franken bis 4.5 Mio. Franken jährlich, wo dadurch dann weniger Steuergelder dafür eingesetzt werden müssen.

Ich glaube, wir müssen das für unsere Zukunft machen und es ist richtig, dass wir 3 % hinaufgehen, denn irgendwo holt uns dieses Prozent wieder ein. Je früher wir das machen, desto besser zurzeit, die Kapitalkosten sind 1 % höher gegenüber dem Vorjahr. Und ja, ich weiss, ich war einmal auf Ihrer Seite und ich weiss, ich habe mich gegen Steuererhöhungen eingesetzt und diese Herausforderung angenommen. Was auch spannend ist, wenn man einmal eine Entscheidung fällt und Vorentscheidungen macht, die aber dann durch die nötigen Instanzen gehen müssen, hat man nicht alles falsch gemacht. Daran habe ich mich auch gewöhnt und das nehmen wir auch an. Aber es ist wichtig, dass wir Antworten liefern, dass wir uns einsetzen für die

Stadt Frauenfeld, für die Zukunft. Und wenn man 15 bis 20 Jahre nicht gross gesät hat, dann wächst auch eine Weile nicht so viel. Also müssen wir jetzt wieder säen, damit wieder etwas wachsen kann.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Weil die Diskussion jetzt so nahe an das Eintretensvotum herangeht, verzichte ich auf einige Teile meines Votums. Ich mache Sie aber noch auf etwas aufmerksam, was bisher nicht erwähnt worden ist, nämlich auf das Delta zwischen den jährlichen Investitionen und den Abschreibungen, die wir machen. Wir machen im Schnitt etwa Investitionen von 8 Mio. Franken bis 10 Mio. Franken und schreiben zurzeit 4.5 Mio. Franken ab. In der Finanzplanperiode steigen die Investitionen auf etwa 13 Mio. Franken, die Abschreibungen auf etwa 5.5 Mio. Franken. Wir haben also einen Gap von 7.5 Mio. Franken. Irgendwann einmal muss das dann egalisiert sein, über einige Jahre hinweg wird sich das anpassen. Das sind rund 15 Steuerprozent, die dieser Gap ausmacht. Oder andersherum gesagt, der Finanzbedarf steigt in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter an. In der Vergangenheit hatten wir den Eindruck, wir wollen den Teufel nicht an die Wand malen, dass die Steuerkraft und das Bevölkerungswachstum einiges von diesem Gap wettmachen können. Leider zeigen die letzten drei, vier Jahre, dass erstens die Steuerkraft nicht so wächst, wie wir es gedacht haben und zweitens auch das Bevölkerungswachstum nicht. Es hat sogar ein Jahr gegeben, wo die Stadt Frauenfeld gar nicht gewachsen ist, nämlich das Jahr 2021. 9 Einwohnerinnen und Einwohner mehr, das hat es vorher, soweit wir denken können, nicht gegeben. Darum sind wir auch weiterhin gegen diesen Antrag, den Gemeinderat Regli im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP gestellt hat. Wir halten die Erhöhung von 3 % nicht nur für nötig, sondern wir halten sie eben auch für verkraftbar. Das Berechnungsbeispiel von Gemeinderat Frey haben wir auch schon in den Zeitungen dargelegt, aber es ist auch so, dass der Gesamtsteuerfuss über die Jahre 2022-2024 doch markant gesunken ist. Wenn man den kantonalen Steuerfuss einbezieht, 8 % dort, die Schule 2 %, gibt also minus 10 %. Auf der anderen Seite stehen dann unsere 3 % plus 2 % gegenüber, also insgesamt über die Jahre sinkt die fiskalische Belastung in der Stadt Frauenfeld um 5 %, und das in einer Zeit, wo alles andere teurer wird. Also wir halten das für verkraftbar. Wir bitten Sie daher, beim Antrag des Stadtrats um Erhöhung um 3 % zu bleiben.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP wird mit 18 Ja-Stimmen bei 17 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Die Grundlage für die weitere Diskussion ist die Budgetvorlage des Stadtrats sowie die Änderungsanträge der GPKs Finanzen und Administration sowie Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen, welche als lachsfarbene Papiere vorliegen.

Departement für Finanzen und Zentrales

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Hierzu eine Bemerkung von meiner Seite: Beim Inhaltsverzeichnis wäre es schön, wenn man für nächstes Jahr die Namen anpassen würde, dass die Namen im Inhaltsverzeichnis und im Ordner gleich lauten, nämlich Departement für Finanzen und Zentrales.

Gemeinderat Beda Stähelin (Die Mitte), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die GPK Finanzen und Administration hat die Botschaft zum Budget für das Jahr 2023 betreffend das Departement für Finanzen und Zentrales zunächst während über 4 Stunden

in der Sitzung vom 9. November und dann noch einmal rund 1.5 Stunden in der Sitzung vom 8. Dezember in Anwesenheit des Stadtpräsidenten Anders Stokholm und dem Leiter Finanzamt Reto Angehrn beraten. Allein die Dauer der Beratung zeugt davon, dass wirklich ins Detail gegangen wurde. Von den Weiterbildungen der Mitarbeiter des Bestattungsamts bis zur Frage, was denn eigentlich eine Motorspritze sei, wurde alles diskutiert. Bei dieser Ausgangslage darf und muss ich mich bei meinem Bericht auf die wesentlichsten Punkte beschränken.

Ich beginne mit der Erfolgsrechnung:

Einen wesentlichen Diskussionspunkt bildeten hierbei die Stellenaufstockungen, dazu ist Folgendes zu berichten:

S. 105 1310.3010.00

Beim Amt für Kultur wurde die Erhöhung um 2 Mal 10 Stellenprozente mit der gestiegenen Arbeitsbelastung aufgrund immer wieder neuer Projekte und des damit zusammenhängenden Ausbaus des Kulturlebens begründet.

S. 108 1410.3010.00

Der Stellenausbau im Amt für Kommunikation und Wirtschaftsförderung wurde damit erklärt, dass die Kommunikation für die ganze Stadt zuständig sei und einige grosse Projekte wie der Hallenbadneubau oder die Schlüsselprojekte im Zusammenhang mit dem Gesamtbild kommunikativ begleitet werden müssen. Selbiges gilt für die teilweise aufwändigen Mitwirkungen oder Volksabstimmungen. Der Bedarf an Kommunikation werde weiter steigen.

S. 110 1414.3010.00

Zu den Hintergründen des geplanten Stellenausbaus im Bereich Sozialraum um 60 Stellenprozente wurde erläutert, dass dieser Bereich beispielsweise für das Stadtlabor, die Belegung der Innenstadt und partizipative Prozesse wie beim BGK Innenstadt zuständig sei.

S. 111 1415.3010.00

Die Nachfrage, ob denn der Ausbau um 90 Stellenprozente im Zusammenhang mit dem Projekt Smart City wirklich dringlich und daher zeitnah anzugehen sei, bejahte der Stadtpräsident. Er verwies dabei mitunter darauf, dass der budgetierte Betrag verschwindend klein sei im Vergleich zudem, was beispielsweise Konstanz diesbezüglich aufwendet.

S. 113 1510.3010.00

Bei der Stellenaufstockung im Finanzamt ging es für einmal weniger um die Frage der Notwendigkeit, sondern darum, ob die zusätzlich budgetierten 80 Stellenprozente genügen würden. Reto Angehrn hielt dazu fest, dass er keine Stelle auf Vorrat anschaffe und es darum gehe, dass nicht noch mehr Überstunden anfallen und die Projekte vorangetrieben werden können. Konkret wies er darauf hin, dass im Finanzamt noch viel manuelle Arbeit geleistet werde, die automatisiert werden könnte. Hierfür brauche es aber eine Anfangsleistung, die man bis anhin aufgrund der personellen Ressourcen nicht leisten konnte.

Neben den Stellenaufstockungen gab auch die Frage der Kulturbeiträge einiges zu diskutieren.

S. 106 1310.3636.01

Betreffend die geleisteten und budgetierten Beiträge an die diversen im Kulturbereich tätigen Organisationen ging es insbesondere um die Frage der Reduktion oder Aussetzung von Beiträgen bei nicht erbrachten Leistungen. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, dass die GPK

den entsprechenden Controllingbericht für das Jahr 2021 nicht erhalten hat und entsprechend auch nicht überprüfen konnte. Dies wurde in der Zwischenzeit nachgeholt.

S. 106 1310.3636.01

Die Sinnhaftigkeit der Einsparungen in diesen Bereichen wurde von einem GPK-Mitglied angezweifelt. Der Stadtpräsident verwies darauf, dass die Stadt für andere Kulturveranstaltungen wie das Streetart Festival einen ansehnlichen Betrag gesprochen habe und insofern über das Ganze betrachtet im nächsten Jahr Mehrausgaben im Kulturbereich geplant seien. Ein GPK-Mitglied bemerkte hierzu, dass es nach seiner Berechnung auf städtische Mehrausgaben für Kultur in Höhe von 260'000 Franken komme.

Neben den beiden Hauptthemenblöcken Stellenaufstockungen und Kultur wurden wie bereits angetönt verschiedenste weitere Positionen besprochen, ich gehe noch auf zwei davon ein.

S. 116 1611.3621.50

Die Frage, weshalb die Stadt im kommenden Jahr nur noch halb so viel in den innerkantonalen Finanzausgleich bezahlen müsse, beantwortete Reto Angehrn damit, dass sich die Steuerkraft pro Einwohnerin und Einwohner der Stadt Frauenfeld im kantonalen Vergleich schwächer entwickle.

S. 119 1712.3120.02

Betreffend die Entwicklung der Stromkosten der Stadt legte Reto Angehrn dar, dass für das Jahr 2022 die Stromkosten der Stadt in der Höhe von 316'800 Franken budgetiert waren, für das Jahr 2023 seien dafür 632'200 Franken budgetiert.

Im Zentrum der zweiten GPK-Sitzung vom 8. Dezember 2022 stand neben der abschliessenden Beschlussfassung die Behandlung von zwei Streichungsanträgen betreffend die Projekte Smart City und Rebranding.

Das Projekt Smart City (S. 108 / 111) wurde ausführlich diskutiert. Dabei wurde insbesondere der Output, also der konkrete Nutzen des Projekts infrage gestellt. Der Stadtpräsident wies darauf hin, dass bewusst stufenweise vorgegangen werde und die beantragten Investitionen Voraussetzung dafür seien, dass dann konkrete Vorhaben im Bereich Smart City überhaupt angegangen werden könnten. Wohl die verbleibende Ungewissheit verbunden mit dem Willen zu vermeiden, dass Frauenfeld im Digitalisierungsbereich den Anschluss verliert, führte dazu, dass sich sämtliche GPK-Mitglieder der Stimme enthielten, womit der Antrag auf Streichung des Projekts Smart City abgelehnt wurde.

Demgegenüber stimmte die GPK der Streichung des Projekts Rebranding und damit der Kürzung der Kontopositionen 1410.3130.05 und 1410.3132.00 auf S. 108 um total 120'000 Franken zu, was in das vorliegende lachsfarbene Papier mündete. Die GPK erachtete die entsprechenden Ausgaben für die Auffrischung und Vereinheitlichung des Auftretts der Stadt aktuell und mit Blick auf die finanzielle Situation der Stadt nicht als nötig.

Soviel zur Erfolgsrechnung, dann komme ich noch zu den Investitionen in Register 6. Hier gab insbesondere der Bereich Informatik zu reden. Betreffend die auf S. 323 aufgeführte Investition INV00629 von 100'000 Franken für die Standortbestimmung in der Informatikstrategie wurde erläutert, dass diese Kosten für die Informatik der Stadtverwaltung und des AZP bestimmt seien und Thurplus nicht betreffen.

Die Investition INV00657 auf Seite 325 von 150'000 Franken für die Umsetzung der Informatikstrategie in den Jahren 2023-2024 wurde von einem GPK-Mitglied als sehr tief angesetzt bezeichnet. Dazu wiesen der Stadtpräsident und Reto Angehrn darauf hin, dass noch nicht abschliessend geklärt sei, was umgesetzt werde, und es dürfte auch nicht vergessen werden, dass bereits in der Erfolgsrechnung hohe IT-Kosten enthalten seien.

Im Ergebnis stimmte die GPK dem Budget 2023 hinsichtlich des Departements für Finanzen und Zentrales unter Berücksichtigung der erwähnten Streichung des Projekts Rebranding mit 4 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 2 Abwesenheiten zu.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Bei den nun folgenden Voten zu Anträgen oder einzelnen Posten des Budgets lässt es sich nicht vermeiden, dass wir vielleicht etwas hin und her springen müssen, wenn wir nicht Seite um Seite durchgehen wollen. Ich denke, das schaffen wir, wenn alle zu Beginn ihrer Voten deutlich sagen, um welche Seite und welche Kontonummer es sich handelt.

S. 95 1213.3130.12, Anerkennungspreis

Gemeinderat Roland Wetli (CH), Referent im Namen der Fraktionen CH/GP/GLP und SP: Ich stelle Ihnen im Namen der Fraktion CH/GP/GLP und der Fraktion SP den Antrag, für den Anerkennungspreis der Stadt Frauenfeld seien 20'000 Franken im Budget einzustellen. Ich begründe das wie folgt: Das gesellschaftliche Leben in unserer Stadt ist kaum vorstellbar ohne die Menschen, die sich in ihrer Freizeit unentgeltlich und freiwillig dafür engagieren. Das Milizsystem hat bei uns, sei es in der Politik, in der Kultur, im sozial-karitativen Bereich und vor allem auch in der Vereinsarbeit einen traditionell hohen Stellenwert. Die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt übernehmen mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit Verantwortung für das gemeinschaftliche Leben hier in unserer Stadt. Und das passiert sehr oft im Verborgenen, ohne dass die grosse Öffentlichkeit es zur Kenntnis nimmt. Genau dieses Engagement wird von der Stadt mit dem Anerkennungspreis gewürdigt. Der Anerkennungspreis ist eine Plattform, um die ehrenamtliche Arbeit der Frauenfelderinnen und Frauenfelder sichtbar zu machen, sie zu würdigen und sie ganz offiziell einmal zu verdanken. Für die Preisträgerinnen und Preisträger ist der Preis eine Motivation, um sich weiter für die Öffentlichkeit zu engagieren. Wie wichtig dieser Anerkennungspreis als Zeichen der Wertschätzung ist, hat sich gerade bei der letzten Verleihung hier im Rathausaal am 2. Dezember gezeigt. Damals wurden das Filmfestival Pink Apple und der Verein Offenes Gärtnern geehrt. Es war eine sehr anregende, lebendige Veranstaltung, die Reden wurden sogar von Applaus unterbrochen, im vollen Saal hier wurde gefeiert und es herrschte Aufbruchstimmung.

Warum es damit jetzt plötzlich vorbei sein soll, versteht eigentlich niemand so recht. Denn der Anerkennungspreis Frauenfeld hat eine grosse Tradition, dieses Jahr feiert der Preis sein 40-jähriges Jubiläum. 1982 wurde der Preis erstmals an Ernst Strupler, Stadtarbeiter, an Josef Hotz, Organist, und die Chlausgesellschaft verliehen. Schaut man sich die Liste der Preisträgerinnen und Preisträger an, findet man Einzelpersonen und Institutionen aus der ganzen Frauenfelder Gesellschaft. Da gibt es die Mütterberaterin, die Fotografin, den Motorradweltmeister, die Spitzensportlerin neben dem OK des Frauenfelder Militärwettmarschs, dem OK des Eidgenössischen Schwing- und Älplerfests, dem Kunstverein, den Murganesen, den Bananenfrauen, den Abendmusiken und dem Eisenwerk. Alle diese Preisträger haben sich für das Zusammenleben und den Ruf der Stadt besonders verdient gemacht, so die Anforderung auf der Website der Stadt für die Verleihung des Preises. Wenn wir den Anerkennungspreis wegsparen, wie das der Stadtrat vorschlägt, verliert Frauenfeld ein Stück Identität und auch ein Stück Gemeinschaftsleben. Hier wird

nach unserer Auffassung am falschen Ort gespart. Wir möchten am Anerkennungspreis festhalten und beantragen deshalb, im Budget 2023 20'000 Franken einzustellen. Der Betrag ist gleich hoch, wie er im Budget 2022 drin ist. Was hingegen die weitere Zukunft betrifft, können wir uns auch vorstellen, dass der Anerkennungspreis statt jedes Jahr nur alle zwei Jahre verliehen würde. Aber das müsste dann mit einem späteren Budget abgebildet werden.

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im eigenen Namen: Ich schlage vor, dass wir den Zweijahresrhythmus genau jetzt schon beginnen und jetzt schon den Auftrag erteilen, dass man das in einem Jahr wieder ins Budget aufnehmen soll.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Ich nehme das jetzt so entgegen. Das ist so kurz, dass es nicht schriftlich sein muss.

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im eigenen Namen: Meines Erachtens war es klar, wenn wir auf zwei Jahre wechseln, müssen wir jetzt den Antrag ablehnen und nächstes Jahr Ja sagen und verlangen, dass es ins Budget aufgenommen wird. Für mich war es klar, aber es war offensichtlich unklar, auch bei uns in der Reihe. Ich habe vielleicht anders gedacht als ihr, aber das Ergebnis ist so gemeint.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Wir können nur über diesen Antrag abstimmen. Wer diese Bemerkung unterstützt, ist da aus dem Abstimmungsergebnis nicht ersichtlich. Danke für die Nachfrage Heinrich Christ und die Präzisierung.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Vielen Dank für den Antrag, den der Stadtrat allerdings bittet abzulehnen und auch davon abzusehen, uns einen Auftrag für eine zweijährige Periode zu geben. Der Anerkennungspreis ist, wie Gemeinderat Roland Wetli richtig gesagt hat, schon 40 Jahre unterwegs als Anerkennungspreis, der Förderpreis allerdings erst seit ungefähr fünf Jahren. Wir erachten es aber als verkraftbar, auf diesen Preis zu verzichten, weil wir in der Vergangenheit in den letzten Jahren es auch zunehmend schwierig fanden, auch wenig Vorschläge erhalten haben, Preisträgerinnen und Preisträger zu eruieren. Und zwar nicht, weil es solche nicht gäbe, sondern weil sich sehr viele sehr engagiert einsetzen für die Allgemeinheit, und dann Einzelne herauszuheben immer wieder zu Schwierigkeiten führt – und was ist mit allen anderen? Der Effekt des Anerkennungspreises kann durchaus auch ein negativer sein, nämlich für all jene, die dann wieder oder zum wiederholten Mal nicht berücksichtigt worden sind und mit der Zeit dann die Faust im Sack machen. Wir hatten also immer weniger Anträge, von aussen sowieso nicht, auch innerhalb der Stadtverwaltung, aus diesem Grund sehen wir es als durchaus möglich an, auf diesen Preis zu verzichten. Zudem gehört er zu einem Set von Einsparungen, die wir auch durchaus gewählt haben, um zu zeigen, dass wir im Kleinen wie auch in grösseren Teilen bereit sind, uns einzuschränken.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktionen CH/GP/GLP und SP wird mit 19 Nein-Stimmen bei 18 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

S. 105 1310.3010.00, Stellenaufstockung Amt für Kultur

Gemeinderat Christian Mader (EDU), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Ich möchte im Namen der Fraktion SVP/EDU einen Antrag auf Streichung der Aufstockung der zwei 10%-Stellen im Amt für Kultur stellen, was total eine Summe von 22'200 Franken ausmacht.

Wir sind der Ansicht, dass nicht der Zeitpunkt ist, dass jetzt Stellen ausgebaut werden. Stellen, die jährlich das Budget belasten. Ich gebe zu, es ist nicht eine riesige Summe, aber irgendwo müssen wir beginnen und ich bitte Sie herzlich im Namen unserer Fraktion, dass Sie diesen Antrag für diese Streichung unterstützen.

Gemeinderätin Karin Gubler (CH), Referentin im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Das Amt für Kultur hat eine wachsende Anzahl an Aufgaben zu bewältigen. Die Anzahl Gesuche, die Anforderungen ans Controlling der Projekte und der Leistungsvereinbarungen steigen. Die Vernetzung und Vermittlung von Kultur, damit sowohl Kulturschaffende wie auch die Bevölkerung gut informiert sind und von Angeboten profitieren können, werden laufend wichtiger. Auch neue Aufgaben wie die Bewirtschaftung einer professionellen Datenbank für unsere städtische Kunstsammlung sowie verwaltungsinterne Sitzungen benötigen ihre Zeit. Die Liste der vielfältigen Aufgaben liesse sich noch fortsetzen. Der Leiter des Amts für Kultur arbeitet seit 12 Jahren für die Stadt Frauenfeld. Seine 50 %-Stelle wurde in dieser Zeit nie aufgestockt. Vor 10 Jahren kamen zwar mit der zusätzlichen Aufgabe der Geschäftsführung des Vereins Kulturpool Regio Frauenfeld 10 % dazu, welche die Stadt aber dem Verein in Rechnung stellt. Die ehemalige Praktikantenstelle wurde 2017 in eine Assistenzstelle umgewandelt, im gleichen Zug jedoch um 10 Stellenprozent reduziert. Die Aufstockung der Stellen ist aus unserer Sicht dringend nötig und gerade auch im Quervergleich zu anderen Departementen und zu anderen vergleichbaren Städten unserer Grösse zurückhaltend und bescheiden. Wir bitten Sie, den Antrag der Fraktion SVP/EDU abzulehnen und damit den Weg für die Stellenerhöhungen zu ebnen.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Was Kultur für eine Gesellschaft bedeutet, das haben wir in den vergangenen Corona-Jahren schmerzlich erleben müssen. Weil vieles abgesagt werden musste, verarmte das gesellschaftliche Zusammenleben. Es fehlte der Ausdruck von Freude und Begeisterung, man verkroch sich in die Vereinzelung. Es zeigte sich, was schon manche weisen Frauen und Männer festgestellt hatten, Kultur macht eben die Menschen zu Menschen.

Das Kulturbudget der Stadt Frauenfeld ist im Verhältnis zu anderen städtischen Kulturbudgets sehr bescheiden. Wir leisten uns keine eigenen Kulturhäuser, keine Museen, keine Bibliothek, kein Konzert- oder Theaterensemble usw. Wir profitieren davon, Kantonshauptstadt zu sein mit drei kantonalen Museen und der Kantonsbibliothek. Was an Kulturleben entstanden ist, das verdanken wir viel privatem, ehrenamtlichem Engagement von Vereinen und Kulturschaffenden. Diesen sei an dieser Stelle herzlich für dieses grosse und wichtige Engagement gedankt. Und wir verdanken es einem sehr schmalen Personaletat von drei teilzeitlich angestellten Mitarbeitenden. Die Balriere-Teilzeit von 10 % wurde vorhin in der Aufzählung noch vergessen. Ihr Verdienst ist es zum einen, das vielfältige Kulturschaffen von anderen zu koordinieren und publik zu machen, zum anderen mit eigenen Aktivitäten und Projekten dieses Kulturschaffen zu ergänzen, zum Beispiel durch das Bücherfest, die Kulturtag oder die Bildhauerwoche. Das Engagement der Stadt für die Kultur ähnelt auch jenem für den Sport, wo ebenfalls mit wenig, etwas höheren Mitteln, dank viel ehrenamtlichem und freiwilligem Engagement eine breite und bunte Palette für die Bevölkerung zur Verfügung gestellt wird. Wenn nun jene 10 Stellenprozent für die Mitarbeitenden eingesetzt werden sollen, das entspricht rund 22'000 Franken zusätzliche Lohnkosten, dann soll damit zum einen der guten Entwicklung der vergangenen Jahre Rechnung getragen werden, zum anderen auch weitere Entwicklungen ermöglicht werden. Es ist abgesehen davon auch ein Ausdruck der Wertschätzung für das Geleistete und zukünftig weiter zu Leistende an die Adresse der beiden Mitarbeitenden. Ich denke, wir können diese Investition sehr gut verantworten. Es ist eine Investition in die Kultur, in die Menschen und das auf einem Niveau, das sehr bescheiden ist, aber zu einer sehr, sehr grossen und guten Wirkung beiträgt.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SVP/EDU wird mit 21 Nein-Stimmen bei 16 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

S. 106/107 3636.01.79 und 80, Kulturbeiträge

Gemeinderätin Karin Gubler (CH), Referentin im Namen der Fraktionen CH/GP/GLP und SP: Ich beantrage die Erhöhung dieser Konten um 10'000 Franken bei den einmaligen und um 20'000 Franken bei den diversen Veranstaltungen. Unsere Fraktionen sind der Meinung, dass die Höhe der Einsparung gegenüber den Budget 2022 nicht im Verhältnis steht zur gesellschaftlichen Relevanz dieser Position. Der Stadtpräsident hat ausgeführt, wie schwierig die Kultur es im Moment gerade hatte. Für uns ist es nicht der Moment, die zu streichen. Gerade in schwierigen Zeiten sind Kultur und Wertschätzung für ein Miteinander von unschätzbarem Wert. Speziell die einmaligen Beiträge unterstützen meist kleine oder Kleinstprojekte. Es ist zwar schön, dass Streetart über den Covid-Fonds gefördert wird, dies sollte aber nicht auf dem Rücken kleiner, feiner Projekte geschehen. Eine Kürzung dieser Positionen, die ein lebendiges Frauenfeld attraktiver machen und die Vielfalt stark einschränken, können wir nicht befürworten. Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktionen CH/GP/GLP sowie SP wird mit 21 Nein-Stimmen bei 19 Ja-Stimmen abgelehnt.

S. 111 1450.3010.00, Stellenaufstockung Smart City

Gemeinderat Christian Mader (EDU), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Auch dieses Thema war ja in der GPK präsent und teilweise auch sehr umstritten. Wir sind nicht prinzipiell gegen diese Investitionen in Smart-City-Projekte, aber es ist zu diesem Zeitpunkt und in diesem Rahmen in der Konstellation, in der wir uns befinden, nicht der Zeitpunkt. Deshalb beantragen wir diese Streichung dieser 50%-Stelle in der Höhe von 35'000 Franken und wir danken für Ihre Unterstützung.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Digitalisierung in diversen Bereichen macht smarte Innovationen möglich. So können zum Beispiel mittels digitaler Anwendungen der Verkehrsfluss und die Parkplatzbelegung überwacht und gelenkt werden, oder es können Arbeitsprozesse automatisiert und auf diese Weise Zeit und Ressourcen für andere, vielleicht auch menschennähere oder menschenfreundlichere, um ein Wort von Gemeinderat Christ zu benutzen, Tätigkeiten gewonnen werden. Diese Entwicklungen gilt es, in einer Verwaltung nutzbar zu machen. Darauf bauen die Smart-City-Strategien von Städten der ganzen Schweiz. Die Schweiz ist aber im internationalen Vergleich im Hintertreffen. Vieles funktioniert bei uns gut, aber bekanntlich ist das Gute der Feind des Besseren. Darum sind wir in vielen Bereichen daran, international den Anschluss zu verpassen. Das allein mag für all jene verkraftbar sein, die nicht viel vom Vergleich mit dem Ausland halten. Schwierig wird es aber dort, wo wir uns Möglichkeiten zu grösserer Effizienz und Effektivität vergeben. Und das ist bei smarten Anwendungen, die wir nicht anpacken, dann der Fall. Denn die demographische Entwicklung, würde sie denn in ihrer Zuspitzung überhaupt anerkannt werden, wird uns innerhalb der nächsten 10 Jahre vor grosse Herausforderungen stellen. In der Schweiz gehen rund eine Million Arbeitnehmende in dieser Zeit in Pension.

Ich behaupte jetzt mal, die Hälfte von uns wird das mehr oder weniger betreffen. Und nur gerade eine halbe Million kommt innerschweizerisch nach. Natürlich könnte man dies durch Zuwanderung mitabdecken helfen, mindestens so sinnvoll wäre es aber, die Chancen von smarten Anwendungen zu eruieren, zu koordinieren und zu implementieren. Und gerade das ist die Aufgabe dieser Stelle. Ich bitte Sie deshalb, den Streichungsantrag abzulehnen und so den Weg für Innovation und für smarte Projekte freizumachen.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SVP/EDU wird mit 22 Ja-Stimmen bei 9 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen angenommen.

[Die Sitzung wird für eine Pause unterbrochen.]

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Das Büro hat sich abgesprochen und erlaubt Herrn Andreas Taverner, für den Rest der Sitzung in der nötigen Zurückhaltung im Ratssaal zu fotografieren.

Departement für Bau und Verkehr

Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott (CH), Referentin im Namen der GPK Bau und Werke: Wie wir bereits aus der Botschaft wissen, steigt auch im Departement für Bau und Verkehr die Ausgabenseite deutlich an. Der zuständige Stadtrat Elliker erklärte und erläuterte der GPK das Budget und damit den in jeder Hinsicht grossen Mehraufwand ausführlich. Einleitend wurde uns mitgeteilt, dass unter anderem für die Stadtkaserne, für deren Übernahme der Baurechtsvertrag zwischenzeitlich unterzeichnet worden ist, zwei neue Stellen geplant seien. Ein grosser Posten heute und in den nächsten Jahren dürfte, wie wir es bereits gehört haben, der aufgestaute Unterhalt der städtischen Liegenschaften sein. Dort sei in den letzten 15 Jahren einfach nichts oder viel zu wenig gemacht worden. Der Nachholinvestitionsbedarf beziffere sich auf rund 15 Mio. Franken. Er habe sich im Stadtrat dafür eingesetzt, dass die im Budget jährlich eingeplanten 1.4 Mio. Franken auch drin belassen würden. Rechne man zum Beispiel diese 1.4 Mio. Franken auf den Zeitpunkt der letzten Steuersenkung vor 10 Jahren hoch, gebe dies diese 14 Mio. Franken. 14 Mio. Franken, die nicht investiert worden seien. 14 Mio. Franken, die heute fehlen. Es sei aber Kaffeesatzlesen, ob sie denn tatsächlich in den Unterhalt und die Instandsetzung der städtischen Liegenschaften investiert worden wären. Es gebe jedoch durchaus zwei Varianten, wie mit den Liegenschaften umgegangen werden könne. Sanieren oder marode verkaufen. Man habe sich nun grossmehrheitlich für die Sanierung entschieden und gehe das jetzt an.

Stadtrat Elliker erwähnte weiter, dass beim Amt für Tiefbau und Verkehr sämtliche Stellen besetzt werden sollen. So könne dem tiefen Umsetzungsgrad entgegengewirkt werden. Dabei wurde er gefragt, ob es aufgrund der Lohnsituation schwierig sei, geeignetes Personal zu finden. Stadtrat Elliker sowie Stadtbaumeister Robert Scherzinger waren sich jedoch einig, dass dies vor allem im Amt für Hochbau und Stadtplanung nicht oder nicht mehr der Fall sei. Seit geraumer Zeit nämlich können die Stellen durchaus passend besetzt werden, was mit grosser Wahrscheinlichkeit auf die anstehenden interessanten Projekte zurückzuführen sei. Im Amt für Tiefbau und Verkehr seien die Ansprüche etwa auf demselben Niveau und mit dem BGK Innenstadt sei auch hier ein spannendes Projekt vorhanden. Aufgrund des grossen Stellenangebots sei es jedoch nicht ganz einfach, das Personal dann wirklich auch zu halten.

Zu guter Letzt wurde der GPK anhand eines anschaulichen Beispiels aufgezeigt, dass Spar- und Effizienzmassnahmen durchaus vorhanden seien, diese teilweise jedoch Zeit bräuchten und nicht von einem auf den anderen Tag umgesetzt werden könnten. Das Eintreten war in der GPK unbestritten.

Bei den allgemeinen Fragen zur Botschaft standen vor allem die Vereinfachung von Baubewilligungsverfahren im Zusammenhang mit Wärmepumpen im Fokus. Dem Amt für Hochbau und Stadtplanung geht es jedoch um das Sicherstellen von Qualität, so der Amtsleiter. Rekurse sollen tunlichst vermieden werden. Um Beschwerden frühzeitig abzuwenden, wurde vorgeschlagen, dass Baugesuchsteller von Wärmepumpen die Unterschriften der betroffenen Nachbarn einholen und somit auch deren Einverständnis für den Betrieb der Wärmepumpe hätten. Damit könne einerseits die hohe Belastung durch die vielen Baugesuche minimiert und andererseits beabsichtigte Wechsel auf nachhaltige Wärmeenergie vereinfacht werden, so das GPK-Mitglied. Der Stadtbaumeister und der zuständige Stadtrat stehen der Idee jedoch eher skeptisch gegenüber, sehen sie doch Probleme von fehlenden Unterschriften und dass dies dann auf das Amt zurückfalle. Ein GPK-Mitglied äusserte sich zum Thema Baubewilligungen in Bezug auf zwei andere Baugesuche, dass dem Amt für Hochbau und Stadtplanung doch sicher ein Ermessensspielraum zur Verfügung stehe. Stadtrat Elliker meint dazu, der Stadtrat habe eine klare Linie, die Qualität der Bewilligungen solle sehr hoch gehalten werden und es sei wichtig, dass alle gleichbehandelt würden.

S. 123 2111.3090.00

Auf eine entsprechende Frage ergänzte Robert Scherzinger, dass es bei diesem Punkt um Weiterbildung im Bereich Baubewilligungswesen im Kanton Thurgau gehe. Stadtrat Elliker ergänzte, dass die Stadt ins eigene Personal investieren wolle, damit die Mitarbeitenden fachlich optimal auf die Aufgaben vorbereitet seien.

S. 134 2112.3010.00

Ein GPK-Mitglied interessiert, ob die Energieberatung ausgebaut werden solle. Dies wurde verneint, es handle sich hier um eine Übergangsabdeckung. Zudem erfolge die Energieberatung, von der Stadt und der Region als hoheitliche Aufgabe, heute unabhängig von Thurplus, die für ihre Produkte eine eigene Beratung habe. Früher habe der entsprechende Berater 50 % für das Amt für Hochbau und Stadtplanung und 50 % für Thurplus gearbeitet.

S. 135 2114.3637.00

Bei zwei Anfragen in Bezug zu Förderbeiträgen beim Fonds für erneuerbare Energien wurde informiert, dass Förderbeiträge entsprechend der Gesuche verteilt würden, jedoch der maximale Betrag von 500'000 Franken bisher nur selten ausgeschöpft würde. Das Reglement müsse zudem, wie übrigens andere auch, unbedingt angepasst werden.

S. 139 2132.3430.40

Speziell interessierten die Liegenschaften Freie Strasse 15 bis 19. Die Heizung werde unter anderem ersetzt, es konnte jedoch keine wirkliche Aussage zum System gemacht werden, ausser dass es keine Gasheizung sei, da dieses Medium eigentlich nicht mehr durch ein solches ersetzt werde.

S. 164/165

Bei diversen Positionen komme es gemäss Kommentar zu happigen Mehraufwendungen, und zwar aufgrund eines Mitarbeiterausfalls. Ein GPK-Mitglied möchte wissen warum. Stadtrat Elliker erklärte, dass es sich dabei um einen durch eine Operation ausfallenden Mechaniker handle.

Und er ergänzt, man sehe nun, welche Konsequenzen es habe, wenn Leistungen extern eingekauft werden müssten.

Investitionsrechnung:

Auf Anfrage antwortet der Stadtbaumeister, dass der Energierichtplan nicht nur überarbeitet, sondern mit anderen Plänen betreffend Siedlung und Verkehr sowie Landschaft abgestimmt werde.

S. 331 Neubau Spielplatz Ahornweg

Beim Spielplatz Ahornweg gebe es aufgrund der höheren Akzeptanz bei den Einwohnenden eine Partizipationsmöglichkeit, so die Antwort auf die entsprechende Frage.

S. 351 Plan Baustellen 2023

Hier wichtig: Die Investitionen sind mit Thurplus abgestimmt, was unter anderem anhand des Projekts Nr. 17 Hasenbühlstrasse veranschaulicht wurde. Es wurde von den Herren Angehrn und Elliker auf eine entsprechende Frage ausgeführt, dass es nicht aufgehe, ein Projekt zurückzustellen, um Mittel für andere Zwecke freizumachen, da es sich hierbei um eine Investition handle und die Rechnung daher nur um die anfallenden jährlichen Abschreibungen entlastet würde. Einmal mehr wurde zudem die Prüfung der Strassenunterhaltsintervalle thematisiert. Reto Angehrn antwortete darauf, dass wirklich in diese Richtung gearbeitet werde.

Die GPK stimmte dem Antrag 3 der Botschaft einstimmig zu.

S. 331/332 Investition INV00665, Neubau Spielplatz Ahornweg

Gemeinderat Andres Storrer (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Ob Sie es nun glauben oder nicht, für einmal geht es uns nicht um die Aufhebung der beiden Parkfelder. Nein, nebst den Herstellungskosten ist der Unterhalt eines Spielplatzes keinesfalls ausser Acht zu lassen. Details können Sie auf der Homepage der Beratungsstelle für Unfallverhütung nachlesen oder beim Werkhof erfragen. Wir sind der Meinung, dass die Kinder auch nach wie vor noch genügend spielen können. In den umliegenden Siedlungen befinden sich zahlreiche Spielplätze, wo die anwohnenden Kinder und ihre Gspändli spielen können. Ca. 260 m südlich davon befindet sich der Spielplatz und das Sportfeld des Schulhauses Oberwiesen und weiter westlich der grosse Robinsonspielplatz. Unseres Erachtens eine weitere Möglichkeit, Geld und auch wiederkehrende Gelder einzusparen. Über eine Zustimmung zur Streichung dieser Investition sind wir Ihnen dankbar.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Beim Spielplatz Ahornweg haben wir eine Mitwirkung gemacht, bei der Aufhebung der beiden Parkfelder haben wir die Bedürfnisse im Quartier bei der Bevölkerung abgeholt. Aus diesem Grund ist der Kostenvorschlag von 140'000 Franken entstanden. Wir sind uns bewusst, dass das nicht eine günstige Sache ist, wir wollen so aber für die Spielplätze eine höhere Akzeptanz aus der Bevölkerung. Dies wurde uns bei früheren Projekten vorgeworfen, dass dies nicht mit der Bevölkerung abgestimmt wurde. Grundsätzlich machen Sie heute ein wenig einen Richtungsentscheid, wohin die Reise des Stadtrats in Zukunft geht. Es ist aber sicher so, dass an diesem Spielplatz irgendwann Hand angelegt werden muss oder aufgehoben wird. Letztendlich Ihre Entscheidung, auf welcher Höhe eine solche Investition sein soll. Wir wollten aber den Bedürfnissen aus den Rückmeldungen aus drei Jahren Stadtrat und anderen Stellen in der Stadt nachkommen.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SVP/EDU wird mit 19 Ja-Stimmen bei 15 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Ich äussere mich noch zum Votum der GPK. Gemeinderätin Bernhard-Ott, bitte nicht falsch verstehen. Wir haben den Baurechtsvertrag öffentlich beurkundet, dass das noch richtiggestellt wird. Bitte die Journalisten gut zuhören. Und weiter, der neue Amtsleiter Hochbau und Stadtplanung nennt sich nicht Stadtbaumeister, weil er dazu keine Ausbildung hat, sich diesen Titel zu geben. Nur damit wir das auch geklärt haben und es nicht heisst, man habe gesagt, er sei der Stadtbaumeister.

Dann noch kurz zu den Baubewilligungen, die in der GPK eine grosse Sache waren. Ich kann Ihnen jetzt etwas aus dem Nähkästchen erzählen. Jemand hat eine Baubewilligung eingereicht für eine Wärmepumpe und es kam eine Einsprache wegen Lärmgutachten. Und der Entscheid der Einsprache ist, die Einsprache wurde gutgeheissen, weil der Lärmschutz des Grundstückseigentümers nicht eingehalten ist. Also wir wissen, unsere Arbeit wird nicht einfacher. Nicht der Rekurs grundsätzlich wurde gutgeheissen, sondern der Lärmschutz des Eigentümers wurde nicht eingehalten. Wir weisen im Amt für Hochbau und Stadtplanung darauf hin, dass man auf die eigenen Sachen schauen muss. Aber wir reden bei ihnen nicht in alle Details hinein. Und jetzt wird uns das aber betreffen. In Zukunft müssen wir das auch anschauen und die eigene Entscheidung ist da nicht gleich gegeben. Das ist einfach wichtig zu hören, weil man immer sagt, man kann es einfacher machen. Also wir haben uns hinter die Grenzen gesetzt.

Beim Eintreten hat die Fraktion CH/GP/GLP noch zwei oder drei Äusserungen gemacht, dazu möchte ich mich noch äussern. Mir wäre es noch wichtig und ich würde gern wissen, das können wir auch bilateral machen, wo die Träume einer Stadtentlastung im Budget sind. Das wäre für mich noch wichtig. Oder was wir unter einer starken Belastung verstehen. Wenn das so verstanden worden ist, würde ich das gern noch mal besprechen. Das kann man auch unter vier oder sechs Augen machen.

Und dann noch zu den Velowegen und Fussgängerüberquerungen: Wir machen das nicht so öffentlich, dass wir das machen. Wir machen nicht für jede Fussgängerüberquerung, die wir neu machen, eine Medienmitteilung oder was auch immer. Aber wenn wir eine Strasse anschauen, gibt es immer Landverhandlungen, wo man Fussgängerinseln dann anschaut. Das muss man anschauen wegen der Verkehrsvorschriften. Wir stehen aber zum Teil an mit Landverhandlungen mit Stockwerkeigentümern oder solchen Geschichten. Das macht die Sache nicht einfacher. Das nächste Problem ist dann, wir können nicht anfangen zu bauen. Dann sind wir mit den Investitionen wieder im Rückstand, dann sagt der Finanzchef wieder, Elliker, du musst deine Leute schneller vorwärtsbringen, damit die Investitionen getätigt werden. Und da ist ein wenig ein Rattenschwanz. Aber alles, was wir anschauen, schauen wir, dass wir eine Fussgängerquerung machen können. Als Beispiel im Finanzplan die Eisenwerkstrasse, wo die Bushaltestelle dem Behindertengleichstellungsgesetz angepasst werden musste, auch da wird eine Fussgängerinsel angeschaut. Ich bin der Ansicht, wir machen mit den Investitionen immer etwas für Fussgängerschutz und Veloschutz. Beim Aggloradweg (Abstimmung 2011) ist immer noch ein Rechtsverfahren hängig wegen dieser Fertigstellung, das kann ich so auch sagen.

Und dann einfach gesamthaft zu den Schlüsselprojekten, was ganz wichtig ist. Wir befinden uns doch auch in einer Kreislaufwirtschaft. Dies bedeutet: Investitionen auf die Jahre aufteilen, Fi-

finanzierung der Investitionen sowie dass man es der Bevölkerung erklären kann und die Mitwirkung vornehmen kann. Wir sind uns dieser Aufgabe bewusst. Und das auch an die FDP-Fraktion, wir machen uns Gedanken, wie wir das aufeinander ideal abstimmen. Und leider Gottes oder zum Glück für die Stadt Frauenfeld konnten wir nicht wissen, dass die öffentliche Beurkundung der Stadtkaserne sowie die Vorverkaufserträge durch die Bewilligung der nötigen Instanzen im Gebiet Römerstrasse, Autobahnausfahrt Frauenfeld-Ost auch getätigt werden konnten. Jetzt kommen zwei Projekte aufeinander zu. Wir haben ein Stadtbusdepot, das nicht mehr den Vorschriften entspricht, das einmal übernommen wurde. Bei dieser Übernahme wurde in der Stadt Frauenfeld Land abgetauscht, um das geschichtlich zu erklären. Und jetzt wollen wir die neue Antriebsstudie vorantreiben, aber es braucht eine gute, gesamte Planung. Ich kenne Sie genug und verstehe Sie auch genug, Sie wollen dann klare Antworten auf Ihre Fragen haben. Und an dem arbeiten wir auch. Und daher ist es manchmal sehr schwierig, Zeitpläne zu machen. Somit sind wir an diesen Projekten dran, priorisieren und sind uns der Verantwortung bewusst.

Und dann noch zum Fachkräftemangel: Dieser hat bei uns nicht Halt gemacht. Es ist nicht einfach, Leute zu finden. Wir wollen den Leuten Sorge tragen, sie nicht überladen und ich bin Ihnen dankbar, dass Sie nicht noch weitere Vorstösse eingereicht haben. Das muss ich Ihnen auch noch sagen, dafür bedanke ich mich bei Ihnen. Wir sind daran, die offenen Vorstösse zu beantworten, die kommen. Und es kommt noch eine Kommunikation bezüglich Parkierungsreglement und Abstellplatzreglement. Für das Abstellplatzreglement wird es eine Mitwirkung brauchen, das ist vom Kanton vorgeschrieben. Wir sind uns dessen bewusst und haben das auf unserer Agenda, dass das getätigt wird. Ich will Ihnen diese Informationen einfach auch noch weitergeben. Ich danke Ihnen für das Wohlwollen und für das Vertrauen, dass kein Antrag wegen der Stellen zur Stadtkaserne gekommen ist, und ich freue mich auf das nächste Jahr, mit Ihnen weiter zusammenzuarbeiten.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im eigenen Namen: Geschätzter Stadtrat Elliker, ich will mich kurzhalten, aber ich verweise gern auf die Investition 451 – Seite 300 institutionelle Gliederung –, welche im Finanzplan für 2025 für die Stadtentlastung rund 500'000 Franken vorsieht. Sie dürfen uns gern erklären, was damit gemeint ist, was da in drei Jahren kommen soll.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Ja, ich kann die Frage verstehen. Danke für die Rückmeldung. Ich werde diese Antwort nachreichen.

Departement für Thurplus, Freizeit und Sport (ohne Thurplus)

Gemeinderat Samuel Kienast (EVP): Ich bitte auch hier, das Inhaltsverzeichnis mit den korrekten Bezeichnungen anzupassen. Im Inhaltsverzeichnis steht Werke, Freizeitanlagen und Sport. Es wäre schön, wenn es im Inhaltsverzeichnis und im Inhalt jeweils gleich heissen würde. Wir beantragen aber nicht, das anzupassen, sondern das wird die Verwaltung so erledigen. Thurplus werden wir gesondert besprechen, wir sprechen nun über die Erfolgsrechnung auf S. 170 – 183, Investitionsblätter gibt es keine.

Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Ich war mir bezüglich des Namens der GPK auch nicht mehr sicher. Das Budget für das Jahr 2023 wurde uns an der GPK-Sitzung vom 10. November 2022 von Stadtrat Fabrizio Hugentobler und dem Amtsleiter Roman Brülisauer vorgestellt. Stadtrat Fabrizio Hugentobler sagt einleitend, dass es aufgrund der letzten zwei Pandemiejahre keine Vergleichsbasis gebe. Für Vergleiche müsse weiter zurückgeschaut werden. Ansonsten sei das Budget unspektakulär, gespickt mit Sparübungen. Und sollte in diesem Departement noch mehr

gespart werden wollen, dann müsste gemäss Stadtrat Hugentobler über die Schliessung gewisser Anlagen oder Leistungseinbussen diskutiert werden. Immerhin seien mit Blick in die Zukunft die Sport- und Freizeitanlagen wieder mit ähnlichen Zahlen budgetiert worden wie in normalen Zeiten. Es werde wieder mit einem normalen Betrieb gerechnet und gegen Ende 2023 mit bereits etwa zwei Monaten Badibetrieb. Dies vor allem bei den Löhnen des Personals, denn wann genau die Badi für die Bevölkerung wieder zugänglich sei, sei noch etwas offen. Beim Stellenplan wurde der gleiche Wert abgebildet wie in der Botschaft zum Hallenbad. Die rund 200 Stellenprozente mehr entfallen auf die Wasseraufsicht. Für die Wiedereröffnung ist ein einmaliger Anlass geplant. Die Abschreibungen in diesem Bereich beziehen sich auf die bestehenden Freibadanlagen.

Bei den Sportanlagen wurden wieder weniger Stellenprozente budgetiert, da diese wieder zurück zur Badi fliessen. Für den Kunstrasen wird noch eine Botschaft kommen. Die Ersparnis durch den Einbau von LED-Lampen auf dem Sportplatz sei nicht unwesentlich. Die aktuellen Gasladelampen verbrauchen viel Energie und deren Ersatz sei schon länger geplant. Zudem seien die geplanten Lampen dimmbar. Im Casino, der Festhalle und in der Eishalle seien diese bereits im Einsatz und der Spareffekt sei massiv. Zudem sind die geplanten Lampen auf dem heutigen Stand der Technik.

Für den weiteren Betrieb des Casinos sind Kosten für Kleinreparaturen, zum Beispiel für die Grundreinigung der Küche sowie die Services am Lift und an der Klimaanlage budgetiert. Aufgrund des beabsichtigten Casinoverkaufs seien rund 80'000 Franken für geplante Unterhaltsarbeiten nicht mehr budgetiert worden.

Die geplanten Bildschirme in der Festhalle sollen die gleichen sein wie jene in der Eishalle. Diese können vom Büro aus bedient werden und erleichtern zum Beispiel die Zuteilung der Garderoben, oder es kann Werbung für andere Anlässe gezeigt werden. Geplant ist, dass die Festhalle sicher bis ins Jahr 2034 bestehen bleibt. Das Personal pendelt zwischen der Festhalle und dem Murg-Auen-Park.

Auch zum Zeltplatz stellt uns Stadtrat Hugentobler eine Botschaft in Aussicht. Das Gebäude sei in die Jahre gekommen und zudem nah an der Murg und am Ende des Zeltplatzes gebaut, was nicht optimal sei.

Nach der Detailberatung wird in der GPK festgestellt, dass die Bauten im Departement Freizeit und Sport keinen rosigen Zeiten entgegensehen und es wird die Frage gestellt, ob Überlegungen im Raum stehen, die Einnahmeseite zu stärken, zum Beispiel durch Kooperationen mit privaten Sportverbänden. Stadtrat Hugentobler führt dazu aus, dass Kooperationen und Privatfinanzierungen auf dem Niveau, auf dem sich die Sport- und Kulturszene in Frauenfeld bewege, vergessen werden können. Diesbezügliche Versuche seien zum Beispiel beim Casino kläglich gescheitert. Bei der Kleinen Allmend sei der Kostendeckungsgrad bei 10 %, bei der Eishalle sei diese bei rund 50 %. Klar könnten die Einnahmen auf den Schultern von Vereinen erhöht werden, da sei aber die Schmerzgrenze schnell erreicht. Rund um den Neubau des Hallenbads wurden auch die Nachbargemeinden angesprochen, aber auch da hatte niemand Interesse daran, die Zentrumslasten mitzufinanzieren.

Die GPK stimmte Antrag 3 der Botschaft betreffend Departement für Thurplus, Freizeit und Sport (ohne Thurplus) mit 5 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Vielleicht kann ich noch etwas erklären zu den Namen, das habe ich nämlich auch gefragt. Die GPK heisst weiterhin GPK für Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen, weil das so in unserem Geschäftsreglement steht und das nicht so einfach angepasst werden kann wie bei den Namen des Departements. Daher müssen wir mit dieser Unstimmigkeit wohl noch eine Zeit lang leben. Aber die Anpassung im Budget könnte ohne Abstimmungen unsererseits angepasst werden.

S. 184 3131.3111.20, Informationssystem mit Bildschirm in der Festhalle

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktionen CH/GP/GLP und SP: Es geht hier um 9'000 Franken, die für das Infosystem eingestellt sind. Im Namen der Fraktionen CH/GP/GLP sowie SP stelle ich den Antrag, das Infosystem für die Festhalle für 9'000 Franken zu streichen. Dass ein solches System in der Eishalle Sinn macht, ist unbestritten. In der Festhalle gibt es aber weder verschiedenste Garderoben noch diverse Felder, die täglich von Vereinen, Schulklassen und der Öffentlichkeit gleichzeitig genutzt werden. Aus unserer Sicht kann somit Geld und Energie für die Bildschirme gespart werden. Entsprechend sollen im Konto 3131.3111.20 nur noch 56'100 Franken zur Verfügung stehen.

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Natürlich, eine Korkwand zur Information wirkt in der Festhalle gleich nostalgisch, farbenfroh und auch eventuell schöner als ein moderner TV. Aber welches Ziel verfolgen Sie denn wirklich mit dieser Einsparung? Sie bedanken sich vorhin für den Einsatz unseres Personals und sprechen von deren Entlastung. Sie sprachen von Digitalisierung und Vereinfachung der Prozesse und Smart City. Sie erwähnten die Quartierzeitungen, welche nur noch in zwei Quartiervereinen erscheinen, weil dies mit analogen Produkten nicht mehr zeitgemäss sei. Wir möchten mit dem Ersatz dieses Mediums oder der Beschaffung dieses Mediums eigentlich einsparen, weil die Zettel, die täglich dort an die Wand gepinnt werden, eingespart werden können und wir uns auch vorstellen, mit dem gleichen Medium, wie es auf anderen Anlagen bereits im Einsatz war und ist, zum Beispiel in der abgebrochenen Badi oder in der Eishalle oder im Casino, miteinander zu kommunizieren, miteinander auch Veranstaltungen zu publizieren und an gewissen Orten zum Beispiel auch auf die Fahrpläne hinzuweisen. Na ja, wir sehen es nicht als Mist und wir möchten unsere Mitarbeitenden zeitgemäss ausrüsten und machen Smart City Light.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktionen CH/GP/GLP sowie SP wird mit 33 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

S. 175 3120.3130.00, Schlossbadi-Neueröffnung

Gemeinderat Pascal Frey (SP) Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP und SP: Wir haben nochmals einen kleinen Antrag. Es sind kleine Beträge, aber die Bundesfeier für 10'000 Franken wurde auch herausgestrichen, also weshalb nicht hier auch kleine Beträge herausstreichen? Diesmal geht es um die Eröffnung bei der neuen Schlossbadi. Wir stellen hier den Antrag, den Betrag von 53'000 Franken auf 25'000 Franken zu reduzieren. Das ergibt noch einen Betrag von 1 Franken pro Bewohnenden in Frauenfeld. Ich denke nicht, dass alle in der neuen Badi auftauchen werden, um dies zu feiern. Wie gesagt, die Bundesfeier kostet 10'000 Franken, warum es hier so viel teurer werden soll, verstehen wir nicht. Meiner persönlichen Meinung nach könnte man den SC anfragen für einen Wurst- und Kuchenverkauf. Ich glaube, die würden das

gern machen, um das Geld einzunehmen, nachdem sie jetzt zwei Jahre lang nicht oder nur erschwert trainieren konnten. Ich denke, mit 25'000 Franken sollte es machbar sein, eine gute, aber keine überschwängliche Badieröffnung hinzukriegen.

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Man soll die Feste feiern, wie sie fallen, und pro memoria im Budget 2022 sind unter Anlässe 70'000 Franken budgetiert für die Empfänge der Grossrats- und Ständeratspräsidentin. Also es kann auch umgekehrt sein. Wir möchten die Schlossbadi würdig einweihen und gemeinsam mit der Bevölkerung diesen Bau feiern und einweihen. Wir planen mit knapp 2 Franken pro Einwohnenden der Stadt Frauenfeld. Natürlich werden nicht alle kommen, die einen werden schon am Schwimmen und Rutschen sein. Aber nach dieser Durststrecke von zwei Jahren dachten wir, es sei würdig, dass wir nebst der Feier vielleicht auch noch zwei oder drei Give-aways planen und gerade eben nicht die Vereine in die Pflicht nehmen, die jetzt zwei Jahre auf der Durststrecke waren, sondern auch den Vereinen und Nutzenden, die jetzt gelitten haben, etwas Kleines zurückgeben können. Aber natürlich, wir strecken uns nach der Decke und bieten Würste an, von wem auch immer grilliert.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktionen CH/GP/GLP sowie SP wird mit 31 Ja-Stimmen bei 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Departement für Alter und Gesundheit (ohne Alterszentrum Park)

Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Zu Beginn unserer GPK-Sitzung wurden wir von Stadträtin Elsbeth Aepli darauf aufmerksam gemacht, dass für das Projekt «Digitale Zugänglichkeitsdaten» die Entnahme aus dem Fonds «Umsorgt zuhause» falsch verbucht wurde. Diese Entnahme wird auf dem Dimensionsblatt 411.10 (PDF S. 73) fälschlicherweise zu den 38'000 Franken dazugerechnet. Da wird 48'000 Franken ausgewiesen, statt von diesen 38'000 Franken abgezogen zu werden, sodass da 28'000 Franken stehen sollte. Dafür fehlt bei der Erfolgsrechnung nun die Verbuchung der Fondsentnahme unter 4113 Projekte der Zentralen Dienste im Amt für Alter und Gesundheit (PDF S. 191). Die Aufwände unter 4113 Projekte und die der Erfolgsrechnung der ganzen Stadt würden bei korrekter Verbuchung um 10'000 Franken sinken respektive der Ertrag um 10'000 Franken steigen. Kurz: Der Fluss der Erfolgsrechnung ist eigentlich um 10'000 Franken kleiner.

Interessant waren die uns präsentierten Zahlen zur Freiwilligenarbeit. Mit einem vergleichsweise kleinen städtischen Beitrag für den Dachverband Freiwilligenarbeit «DAFA» werden sehr viele Stunden Freiwilligenarbeit generiert, und zwar 21'000 Stunden. Wenn man da 30 Franken pro Stunde einsetzt, gäbe das eine Leistung von 630'000 Franken.

Für die Ausführungen zu den gebundenen Ausgaben, den Einfluss der Demografie auf die zukünftigen Kosten, die Informationen zu den steigenden Verlustscheinen aufgrund höherer Krankenkassenprämien und auch zur Finanzierung des Dachverbands Freiwilligenarbeit sowie der Nachbarschaftshilfe verweise ich auf das Protokoll der GPK.

Der Antrag 3 der Botschaft wurde betreffend Departement für Alter und Gesundheit (ohne Alterszentrum Park) mit 5 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen von unserer GPK gutgeheissen.

Herzlichen Dank an Stadträtin Elsbeth Aepli und Urban Kaiser für die aufbereiteten Zahlen und die Beantwortung unserer Fragen sowie an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Departement.

Departement für Gesellschaft und Soziales

Gemeinderätin Lisa Badertscher (SVP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Stadträtin Barbara Dätwyler entschuldigte einfürend ihre beiden Amtsleiter, die aufgrund einer Grippe ausfielen. Ihr Departement sei ab 2023 einer der Kostentreiber, vor allem der Bereich Asyl und Flüchtlinge. Der Corona-Effekt sei aber nicht eingetroffen und die Sozialhilfequote sei tief. Auf das Budget der beiden Ämter habe vor allem die Ukraine-Krise Auswirkungen, weshalb ihr Departement entsprechend viele Stellen beantrage.

Bei den Positionen «Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck» und «Beiträge an gemischtwirtschaftliche Unternehmen» gab es zwei Anträge. Die Idee des Antragstellers war es, mit einer Erhöhung der Beiträge Menschen zu helfen, die durch die Teuerung in die Sozialhilfe abrutschen könnten. Mit einmaligen Beiträgen soll die kurzfristige finanzielle Notlage dieser Personen entschärft werden. Aus diesem Konto werden zum Beispiel die Restessbar, das Tischlein deck dich oder die Winterhilfe mit Beiträgen unterstützt. Schlussendlich wurde der Antrag, die Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck um 20'000 Franken auf 40'000 Franken zu erhöhen und die Beiträge an gemischt wirtschaftliche Unternehmen um 10'000 Franken auf 20'000 Franken zu erhöhen, mit 4 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen angenommen.

Auch der zweite Antrag, die Auslandhilfe an «Hilfswerke ordentlich» um 45'000 Franken auf 80'000 Franken zu erhöhen, wurde mit 4 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen angenommen. Die Auslandhilfe war ursprünglich aufgrund von Sparmassnahmen gekürzt worden.

Im Bereich Sozialhilfe und Beratung sei aufgrund der Ukraine-Krise der Aufwand gestiegen. Die Anteile, welche auf die Ukraine-Krise entfallen, werden nicht gesondert geführt. Deshalb seien die zusätzlich beantragten 160 Stellenprozente hier erfasst. Auch bei der Sozialhilfe zeige sich die Mehrbelastung als Zentrumsgemeinde. Durch den preisgünstigen Wohnraum und die grössere Anonymität in der Stadt werden wir stärker mit Sozialhilfefällen belastet. Die Sozialhilfe werde sich nicht an den höheren Stromkosten beteiligen, da diese zum Warenkorb gehören. Die gestiegenen Heizkosten werden, sofern sie in den Nebenkosten enthalten sind, von der Sozialhilfe übernommen.

Anfang Jahr mussten auf einen Schlag 40 Fälle von anerkannten Flüchtlingen übernommen werden. Dies, weil die Stadt Fälle der Peregrina-Stiftung von Personen, die bereits ihren zivilrechtlichen Wohnsitz in Frauenfeld haben, übernehmen musste. Die Stadt werde mit der Globalpauschale und über den interkantonalen Finanzausgleich für die Aufnahme von Flüchtlingen entschädigt. Dies sei aber nicht kostendeckend. Frauenfeld betreue im Moment 118 Asylfälle und 324 Sozialhilfefälle. Eine 100%-Stelle betreue 75-80 Fälle, dies sei knapp noch im grünen Bereich. Frauenfeld sei aktuell mit einer Quote von 180 % über dem Soll bei den ordentlichen Asylsuchenden. Die Asylzahlen werden aber weiter steigen.

Im Bereich Asylwesen, Schutzstatus S, gebe es kein Konto für die Löhne. Es wurde bereits eine Sozialarbeiterin eingestellt, die voll ausgelastet sei. Zusätzlich wurde eine Person angestellt, die Ukrainisch und Russisch spricht. Eine dritte Person, die durch übrige vorhandene Stellenprozente finanziert wird, unterstützt diesen Bereich zusätzlich. Die Stadt habe bis jetzt erst für zwei Quartale die Globalpauschale vom Bund erhalten, der Rest sei durch die Stadt vorfinanziert. Die

budgetierten Einnahmen von über 3 Mio. Franken seien eine Hochrechnung der Stadt und keine Zusage des Kantons.

Bei der Berufsbeistandschaft sind seit den Sommerferien alle Stellen besetzt. Man erwartet aber ein Fallwachstum von 15 % bei der Berufsbeistandschaft und 25 % bei der Sozialhilfe. Dies habe auch die KESB-Präsidentin so bestätigt. Momentan werden die Empfehlungen betreffend Fallbelastung bei der Berufsbeistandschaft und der Sozialhilfe eingehalten. Durch das prognostizierte Fallwachstum müssen zwei Stellen bei der Berufsbeistandschaft beantragt werden. Bei einem Rückgang der Fallzahlen werde diese Stelle nicht besetzt. Man möchte wenn möglich keine temporären Arbeitskräfte einsetzen.

Die Löhne im Amt für Soziale Dienste seien im Moment nicht konkurrenzfähig. Man wolle dies prüfen und gegebenenfalls auf Marktniveau angleichen.

Für das Label «Kinderfreundliche Stadt» benötige man mehr Budget als im letzten Jahr. Es müssen noch unterschiedliche UNICEF-Massnahmen umgesetzt werden. So will man die Stadtverwaltung für Lehrstellen attraktiver machen, plant ein Leitbild für kinder- und jugendfreundliche Politik und hat das Projekt, ein Familienzentrum zu eröffnen. Bis Ende 2023 sei die Stadt noch für die Sprachspielgruppe zuständig, danach gehe sie aufgrund der kantonalen Gesetzesänderung auf die Schulgemeinden über. Aktuell verfügt die Stadt über 70 Plätze. Man hat nun einen neuen Raum gefunden, der dafür optimal genutzt werden kann.

Die GPK stimmte dem Antrag 3 betreffend Departement für Gesellschaft und Soziales mit 5 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Gemeinderat Claudio Bernold (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die Fraktion FDP stellt folgende Anträge und möchte damit die Anträge der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen gemäss lachsfarbenem Papier rückgängig machen und auf den ursprünglichen stadträtlichen Antrag zurückkommen. Wir sehen aktuell keinen Bedarf, in der aktuellen Finanzlage der Stadt zusätzliche Ausgaben zu bewilligen, und ich erlaube mir, beide Anträge nun zu formulieren.

S. 196 5001.3636.00 und 5001.3636.10, Inlandhilfe

Die Fraktion FDP stellt den Antrag, dass der Betrag für die Inlandhilfe (5001.3636.00 Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck) wieder auf den ursprünglichen stadträtlichen Betrag von 20'000 Franken und die Kontoposition 5001.3636.10 Beiträge an gemischtwirtschaftliche Unternehmen auf den ursprünglichen stadträtlichen Betrag von 10'000 Franken reduziert wird.

S. 196 5001.3638.00, Auslandhilfe

Die Fraktion FDP stellt den Antrag, dass dieser Betrag auf den ursprünglichen stadträtlichen Betrag von 36'000 Franken reduziert wird.

Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im eigenen Namen: Ich werde mich gleich zu beiden Anträgen äussern.

Zur Inlandhilfe: Der Grundgedanke der Erhöhung dieser Beiträge war, dass man Leute und Familien vor dem Gang zum Sozialamt bewahren kann, wenn dies nun einzig wegen der Teuerung passieren würde. Lieber hier einige Tausend Franken mehr aufwerfen, ohne die Verwaltung,

spricht das Sozialamt zusätzlich zu belasten. Hilfsorganisationen wie «Tischlein deck dich» müssen im Moment Lebensmittel dazukaufen, um der Nachfrage nachzukommen. Solche Organisationen sollen nun mit zusätzlich 30'000 Franken und damit mit insgesamt 60'000 Franken unterstützt werden, um unbürokratisch Hilfe zu ermöglichen. Dies soll natürlich nicht für ewig sein, sondern vielleicht einmalig oder für zwei Jahre. Das können wir nächstes Jahr wieder diskutieren, bis die Teuerung wieder auf einem tieferen Niveau ist.

Auslandhilfe: Hier gab es eine Motion aus dem Jahr 1991 von einem Gemeinderat Walter Wüthrich. Die Motion, 2 Promille aus den direkten Steuern für die Auslandhilfe einzusetzen, wurde angenommen. Das ist ein klarer Auftrag an den Stadtrat und ich bin ein bisschen irritiert, dass dies ohne Erwähnung in der Botschaft einfach gestrichen wird. Jetzt, wo wir diesen Antrag der FDP auf dem Tisch haben, können wir wenigstens demokratisch darüber befinden, wie das weitergehen soll. Ich appelliere an Sie alle, die Stadt soll im gewohnten Rahmen wie bisher in den letzten 31 Jahren die Auslandhilfe weiterbetreiben. Natürlich geht es vielen Menschen in der Schweiz schlechter als im Vorjahr, aber die Situation in anderen Teilen der Welt ist noch viel dramatischer. Deshalb braucht es die Auslandhilfe umso mehr. Ich bitte Sie, bleiben wir solidarisch beim gleichen Betrag wie letztes Jahr, das ist keine Erhöhung, und zeigen wir uns solidarisch mit der Welt.

Gemeinderätin Priska Brenner-Braun (GP), Referentin im eigenen Namen: Ich möchte mich nur kurz dem Votum meines Vorredners anschliessen und Ihnen noch einige Zahlen dazu liefern. Das Bundesamt für Sozialversicherungen hat am 22. Februar 2022 eine Studie herausgegeben, darin wurde festgestellt, dass 17 % der Menschen in der Schweiz von Armut betroffen sind. Wenn wir das etwas grosszügig rechnen, heisst das, dass etwa jeder fünfte Haushalt in der Schweiz von Armut betroffen ist. Diese Studie wurde am 22. Februar 2022 herausgegeben und wir wissen, dass sich die Situation zwischenzeitlich verschlechtert hat. Es wurde ebenfalls eine Studie der Oxfam herausgegeben. Die Oxfam ist der internationale Verbund verschiedener Hilfs- und Entwicklungsorganisationen. Diese errechnen im Zuge der Coronapandemie mit einer Viertelmilliarde Menschen, die zusätzlich in extreme Armut abrutschen. Das heisst, dass dann ungefähr 860 Millionen Menschen von extremer Armut betroffen sein werden. Das bedeutet, sie leben mit weniger als 1.90 Dollar pro Tag. In diesem Sinn möchte ich Sie auch bitten, den Anträgen der GPK zuzustimmen.

Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler (FDP), Referentin im eigenen Namen: Erlauben Sie mir folgende Bemerkung: Gutes wollen heisst nicht das Gleiche wie Gutes tun. Wir haben als Gemeinderäte eine Verantwortung und eine Verpflichtung. Wir haben die Pflicht, für eine ausgeglichene Rechnung zu sorgen. Wir haben diese Verpflichtung vor dem Gesetz und wir haben diese Verpflichtung unseren Kindern gegenüber. Wir müssen eine ausgeglichene Rechnung präsentieren, damit folgende Generationen ihre Herausforderungen und ihre Bedürfnisse finanzieren können. Von der Gesinnung her stimme ich mit meinem Vorredner Roman und auch mit Priska völlig überein. Wir haben als Menschen, als Mitmenschen eine Verantwortung. Bleiben Sie nicht bei der Gesinnung stehen, übernehmen Sie Verantwortung, greifen Sie in Ihre Tasche, in Ihr Portmonee, geben Sie Ihr Geld und nicht Steuergeld aus. Wenn jeder von uns 40 je 100 Franken gibt und 20 Kollegen findet, die mitziehen, dann haben wir dieses Geld auch auf dem Tisch. Und wir werden nicht 1 Milliarde Menschen retten, auch wenn wir das über Steuergelder machen. Also bitte übernehmen Sie Verantwortung, Sie werden sich besser fühlen, wenn Sie Ihr eigenes Geld einsetzen als das Steuergeld Ihres Nachbarn.

Stadträtin Barbara Dätwyler (SP): Zu Antrag 1 der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeit-anlage betreffend Inlandhilfe: Da spreche ich einmalige Beiträge via Organisationen und Vereine

für armutsbetroffene Menschen, das ist richtig. Und ich spreche jedes Jahr grosszügige Beiträge, aber mehr als 30'000 Franken, die ich beantragt habe, gebe ich meist nicht aus. Es wäre wahrscheinlich eher ein Tropfen auf den heissen Stein als eine sehr wirkungsvolle Hilfe. Das kann man so jetzt nicht gerade abschätzen. Ich weiss, es gibt nicht viele Möglichkeiten in der Sozialhilfe, um diesen armutsbetroffenen Menschen und armutsgefährdeten Menschen zu helfen, aber das wäre nur ein kleiner Tropfen auf den heissen Stein. Von dem her bleibe ich bei der stadträtlichen Version und beantrage 30'000 Franken.

Zu Antrag 2 der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen betreffend Auslandhilfe: Ja ich weiss, ich habe eigentlich eine Motion umzusetzen. Wenn Sie im Ordner in der institutionellen Gliederung «Budget nach Ausgabeart» nachschauen, dann werden Sie sehen, dass ein sehr geringer Anteil meines Budgets ungebunden ist. Ich musste aus Solidarität zum Stadtrat ebenfalls eine Sparmassnahme vorschlagen. Bei der Auslandhilfe haben wir einen grossen personellen Aufwand, um diese Auslandhilfesuche zu überprüfen. Wir geben nicht einfach Steuergelder aus, sondern es gibt viele Kriterien. Deshalb habe ich mir erlaubt hier 45'000 Franken zu streichen. Es ist mit Blick auf die Entwicklungshilfe nicht unbedingt wünschenswert, aber auch ich musste meinen Beitrag zum Sparwillen des Stadtrates leisten. Deshalb beantrage ich auch hier dem Antrag der GPK nicht zu folgen.

Abstimmung

Der Antrag 1 der Fraktion FDP betreffend Inlandhilfe wird mit 24 Nein-Stimmen bei 16 Ja-Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 2 der Fraktion FDP betreffend Auslandhilfe wird mit 23 Nein-Stimmen bei 16 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Thurplus

Gemeinderat Stefan Leuthold (GLP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke: Im Namen der GPK Bau und Werke bedanke ich mich bei den Verantwortlichen von Thurplus für die geleistete Arbeit. Die Versorgung unserer Stadt mit Strom, Wasser und neuerdings auch mit Fernwärme funktioniert zuverlässig und weitgehend störungsfrei. Und wo dies einmal nicht der Fall ist, wird es zeitnah in Ordnung gebracht. Dies ist der Leistungsausweis einer gut funktionierenden Organisation und es ist das Verdienst von zahlreichen Mitarbeitenden auf allen Ebenen. Ihnen gebührt unser herzlicher Dank für ihren grossen Einsatz zur Versorgung der Stadt. Das ganze Jahr, Tag für Tag, rund um die Uhr.

Die Mitglieder der GPK haben in ihrer Sitzung Einblick in die vielen Herausforderungen erhalten, welche Thurplus zu stemmen hat. Seit Ende Februar dieses Jahres sind weitere Grossbaustellen dazugekommen: Die Energiekostenentwicklung am Spot- und Terminmarkt, die volatilen Beschaffungskonditionen und die drohende Strommangellage. Ein weiteres Problem von grosser Tragweite ist bei Thurplus der Fachkräftemangel, hier besteht schon seit längerem dringender Handlungsbedarf.

Thurplus unterbreitet ein Budget in der Höhe von 111.7 Mio. Franken, das sind fast 20 Mio. Franken mehr als vor einem Jahr. Hauptsächlich Grund dafür sind die voraussichtlich höheren Preise für Energie, welche sich sowohl auf der Aufwand- wie auch auf der Ertragsseite niederschlagen werden. Daraus lässt sich ableiten, dass es im nächsten Jahr zu einer Anpassung, sprich

zu einer Erhöhung der Tarife bei Wasser, Strom und Gas auch für die Kundinnen und Kunden von Thurplus kommen wird.

Zum Zeitpunkt der Budgetierung im August 2022 ging man zusätzlich davon aus, dass Thurplus den Zuschlag für die Verwaltung und Betriebsführung der LST Energie AG der Gemeinden Lommis, Stettfurt und Thundorf erhalten würde. Leider ging Thurplus bei der Vergabe dieses Auftrags leer aus, weshalb einige bereits im Budget eingestellte Positionen sowie neu geplante 150 Stellenprocente wegfallen.

Im Budget wird mit einem Ertragsüberschuss von 5.1 Mio. Franken gerechnet, abzüglich 0.5 Mio. Franken für die Gewinnabgabe an die Stadt. Die Bruttoinvestitionen 2023 sind mit 11.6 Mio. Franken budgetiert, wovon 5.6 Mio. Franken, also fast die Hälfte im Zusammenhang mit Erweiterungsprojekten rund um die Thematik Energiewende steht. Aufgrund der geringeren betrieblichen Ergebnisse und der höheren Investitionen sinkt der Selbstfinanzierungsgrad von 52 % auf 49 %. Gemäss Botschaft sind bis auf Weiteres genügend liquide Mittel vorhanden, um den Finanzierungsbedarf von Thurplus ohne zusätzliches Fremdkapital decken zu können.

Auf Seite 40 wird davon ausgegangen, dass es 2023 zu keiner Strom- oder Gaskontingentierung kommt. Ein Mitglied unserer GPK wollte wissen, ob Thurplus an dieser Prognose festhält und ob sich die Situation entspannt habe. Peter Wieland gab zu bedenken, dass es zu früh für Entwarnungen sei. Man sei gespannt, wie sich der Energiemarkt in den nächsten Monaten entwickle.

Mehrere Mitglieder der GPK wollten Details zu geplanten Energiesparmassnahmen wissen. Bereits jetzt kommuniziert Thurplus geeignete Massnahmen auf ihrer Website und in den sozialen Medien. Falls es tatsächlich im Winter 2022/2023 zu einer Mangellage käme, stünde gemäss Stadtrat Hugentobler auch ein vorübergehender Betriebsunterbruch der Eishalle zur Diskussion.

Unsere weiteren Fragen – und es waren viele – zur Investitions- und Erfolgsrechnung, zum Finanzplan und zu den Investitionen wurden von den Thurplus-Verantwortlichen detailliert, kompetent und verständlich beantwortet. Die GPK Bau und Werke stimmt dem Budget 2023 von Thurplus einstimmig zu.

Alterszentrum Park

Gemeinderätin Annina Villiger Wirth (CH), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Ergaten Talbach: Bereits in der GPK-Sitzung vom 1. November, in welcher es nur um das AZP und die geplanten Tarifierhöhungen für das Haus Ergaten Talbach ging, (vgl. Botschaft Nr. 42 und deren Anträge) wurden alle Preisanpassungen einstimmig gutgeheissen. Entsprechend wurden die Tarifierhöhungen an der GPK-Sitzung vom 10. November nicht nochmals diskutiert. Der Gemeinderat hat die neuen Tarife bekanntlich am 16. November genehmigt. In der Budget-GPK wurde von Stadträtin Elsbeth Aepli erneut festgehalten, dass auch für künftige Investitionen des AZP keine Steuergelder eingesetzt werden sollen, da beispielsweise über die Restkostenfinanzierung 3.2 Mio. Franken an Geldern der öffentlichen Hand ins AZP fliessen bzw. an die Bewohnerinnen und Bewohner bezahlt werden.

Die Besoldung der Pflege auf Seite 508, Kontogruppe 31, gab mit einer Abweichung von 960'000 Franken zwischen Budget 2022 und Budget 2023 zu reden. Der grösste Teil, rund 360'000 Franken ist auf 4.7 mehr Stellen zurückzuführen, dies wegen des höher budgetierten Pflegebedarfs, abhängig von den RAI-Pflegestufen. Dieses Mehr an Personal ist aufgrund der momentanen Notwendigkeit bereits im Einsatz. Rund 190'000 Franken Mehrkosten sind mit der

Teuerung und Lohnerhöhungen begründet. 140'000 Franken (immer noch von diesen 960'000 Franken) seien budgetiert für Massnahmen betreffend Personalfindung und Attraktivierung, führte der Zentrumsleiter Bernhard Liepelt aus. Wie viel Geld dabei effektiv für die eigentliche Attraktivierung der Stellen noch drin läge, wenn zum Beispiel die Bezahlung der Umkleidezeiten erfolge, wird sich weisen. Welche Massnahmen tatsächlich umgesetzt werden, muss die Zentrumsleitung noch entscheiden. Dies war die Antwort auf eine Frage eines GPK-Mitglieds.

Erfreulich sei die Situation im Ausbildungsbereich. Das AZP hat mehr Lernende und Studierende als früher. Bernhard Liepelt wies darauf hin, dass das AZP im laufenden Jahr rückwirkend für 2021 einen Bonus über 25'000 Franken für ihre über der kantonalen gesetzlichen Verpflichtung liegende Anzahl an Lernenden erhalten habe. Erfreulich sei auch, dass etliche Lernende für eine HF-Ausbildung motiviert werden konnten.

Auf eine Frage hin gehe es auf Seite 510 bei der Kontogruppe 38 Honorare Dritter (3803 Honorar Amt für Kommunikation) beim Betrag über 25'000 Franken um Kommunikationsmassnahmen und einen geplanten neuen Medienauftritt des AZP, dieser werde mit dem geplanten Rebranding der Stadt umgesetzt.

Seite 515 Kontogruppe 67: Die Frage, ob man sich bei den Restaurationserträgen über 830'000 Franken bereits wieder dem Vorcoronaniveau annähere, wurde bestätigt. Ausgenommen bei den Banketten. Diesbezüglich sei man allerdings auch zurückhaltender, da diese sich finanziell nicht wirklich lohnen würden.

Parksiedlung Talacker:

Seite 523 Kontogruppe 31, Besoldung Pflege: Aufgrund der gesunkenen Pflegeintensität der Bewohnerinnen und Bewohner in der Parksiedlung und aufgrund eines optimierten Einsatzes der Pflegekräfte könne mit 876'700 Franken um 5.7 % tiefer budgetiert werden als im Budget 2022, so die Antwort auf eine Frage eines Mitglieds der GPK.

Finanzplan Alterszentrum Park:

Zu Seite 527 stellte die Präsidentin der GPK die Frage, wie die grossen anstehenden Investitionen in die Gebäude mit der geringen Ertragskraft finanziert werden können. Elsbeth Aepli antwortete, dass die Investitionen mit Darlehen finanziert werden müssten. Die Zinsen müssten aus eigener Kraft bezahlt werden können. Sie wies darauf hin, dass der Boden in der Bilanz des AZP mit einem Betrag 0 geführt sei und somit eine entsprechende Sicherheit darstelle, beispielsweise für den vorerst theoretischen Fall, dass das AZP in eine AG umgewandelt würde. Die Präsidentin der GPK fragte nach, ob die Stadt eine Zusammenarbeit mit anderen Institutionen andenke, die Friedau zum Beispiel gehöre einer Privater Equity Firma. Elsbeth Aepli antwortete, dass im Stadtrat über Private Public Partnership diskutiert worden sei. Reto Angehrn ergänzte, dass die Rechnung bei steigenden Zinsen und den geplanten Investitionen im hohen zweistelligen Millionenbetrag weder für das AZP noch für die Stadt noch für private Dritte aufgehe. Es sei daher wichtig, dass das AZP einen Gewinn erwirtschaftete. Entsprechend mache sich die Stadt Gedanken zum möglichen künftigen Weg.

Die GPK stimmte dem Antrag 5 der Botschaft einstimmig zu.

BESCHLUSSFASSUNG

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Wir kommen zur Beschlussfassung der Anträge auf Seite 63 der Botschaft.

Der Antrag 1 gemäss Botschaft wird einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Der Antrag 2 lautet gemäss Abstimmung zu Beginn der Detailberatung neu, dass der Steuerfuss um 2 % von 60 % auf 62 % erhöht wird.

Dieser Antrag 2 wird mit 34 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Der Antrag 2 untersteht dem Behördenreferendum. Wer das Behördenreferendum ergreifen möchte, erhebe sich jetzt.

Für das Behördenreferendum sprechen sich 3 Mitglieder des Gemeinderats aus.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Das Behördenreferendum kommt somit nicht zustande. Die Referendumsfrist für das fakultative Referendum der Stimmberechtigten beginnt am 15. Dezember 2022 und endet am 30. Januar 2023.

Der Antrag 3 wird unter Berücksichtigung der angenommenen Anträge mit 34 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Auch Antrag 3 untersteht dem Behördenreferendum. Wer das Behördenreferendum ergreifen möchte, erhebe sich jetzt.

Für ein Behördenreferendum sprechen sich 3 Mitglieder des Gemeinderats aus

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Das Behördenreferendum kommt somit auch hier nicht zustande. Die Referendumsfrist für das fakultative Referendum der Stimmberechtigten beginnt am 15. Dezember 2022 und endet am 30. Januar 2023.

Der Antrag 4 gemäss Botschaft wird mit 38 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen angenommen.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Auch Antrag 4 untersteht dem Behördenreferendum. Wer das Behördenreferendum ergreifen möchte, erhebe sich jetzt.

Es spricht sich niemand für das Behördenreferendum aus.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen. Die Referendumsfrist für das fakultative Referendum der Stimmberechtigten beginnt auch hier am 15. Dezember 2022 und endet am 30. Januar 2023.

Der Antrag 5 gemäss Botschaft wird mit 38 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen angenommen.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Antrag 5 untersteht ebenfalls dem Behördenreferendum. Wer das Behördenreferendum ergreifen möchte, erhebe sich jetzt.

Es spricht sich niemand für das Behördenreferendum aus.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen. Die Referendumsfrist für das fakultative Referendum der Stimmberechtigten beginnt auch hier am 15. Dezember 2022 und endet am 30. Januar 2023.

Der Antrag 6 gemäss Botschaft wird einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Das ist schön, wir beenden dieses Jahr mit einer Einstimmigkeit, das ist vielversprechend für das nächste Jahr. Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 18. Januar 2023 um 18:00 Uhr statt.

Zuvor freuen wir uns noch, möglichst viele von euch am Neujahrsempfang am 8. Januar 2023 um 11:30 Uhr im Rathaus begrüßen zu dürfen. Ich danke Giuseppe D'Alelio und dem Team der Stadtkanzlei herzlich für die Vorbereitung sowie der Stadtgärtnerei für den Blumenschmuck. Nun wünsche ich allen schöne Advents- und Weihnachtstage und einen guten Start ins neue Jahr und erkläre hiermit die Gemeinderatssitzung für geschlossen.

- - -

Schluss der Sitzung: 20:20 Uhr
